



# Landesgesetzblatt

Jahrgang 2005

Ausgegeben und versendet am 13. Oktober 2005

24. Stück

94. Landesverfassungsgesetz vom 5. Juli 2005, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 und Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem das Steiermärkische Volksrechtgesetz geändert wird.  
[EZ. 2335/1 Blg. Nr. 267 XIV. GPStLT]
95. Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem die Gemeinewahlordnung 2004 geändert wird.  
[EZ. 2182/2 Blg. Nr. 273 XIV. GPStLT]
96. Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem das Rettungsdienstgesetz geändert wird.  
[EZ. 2347/1 Blg. Nr. 276 XIV. GPStLT]
97. Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird.  
[EZ. 2340/1 Blg. Nr. 272 XIV. GPStLT]
98. Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz geändert wird.  
[EZ. 2339/1 Blg. Nr. 271 XIV. GPStLT]
99. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 19. September 2005 über den Schutz der Dienstnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft (KM-VOLuFw).  
[CELEX-Nr. 304L0037, 391L0382, 303L0018]
100. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. September 2005 über den Sicherheits- und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft (Land- und forstwirtschaftliche Sicherheits- und Gesundheitsschutzverordnung – LFSG-VO 2005).

## 94.

### Landesverfassungsgesetz vom 5. Juli 2005, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 und Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem das Steiermärkische Volksrechtgesetz geändert wird

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

#### Artikel 1

(Verfassungsbestimmung)

#### Änderung des Landes-Verfassungsgesetzes 1960

Das Landes-Verfassungsgesetz 1960, LGBl. Nr. 1, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 44/2004, wird wie folgt geändert:

1. § 41 lautet:

„ § 41

(1) Ein Gesetzesbeschluss des Landtages ist, soweit in Abs. 2 und 3 nichts anderes bestimmt ist, vor seiner Beurkundung einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn es

1. der Landtag beschließt oder
2. binnen sechs Wochen nach Fassung des Gesetzesbeschlusses verlangt wird
  - a) von mindestens 50.000 der für die Wahl zum Landtag Stimmberechtigten oder
  - b) von mindestens 80 Gemeinden des Landes Steiermark auf Grund gleich lautender Gemeinderatsbeschlüsse.

(2) Einer Volksabstimmung unterliegen nicht Gesetzesbeschlüsse, die

1. die Umsetzung von Vereinbarungen gemäß Artikel 15 a B-VG oder
2. die Ausführung von bundesgesetzlichen Vorschriften oder
3. die Umsetzung von Gemeinschaftsrecht beinhalten oder
4. in Folge einer Fristsetzung durch den Verfassungsgerichtshof innerhalb einer bestimmten Frist zu erlassen sind.

(3) Der Landtag kann gleichzeitig mit der Fassung eines Gesetzesbeschlusses, der nicht unter Abs. 2 fällt, beschließen, diesen Gesetzesbeschluss für dringlich zu erklären. Für die Dringlicherklärung eines Gesetzesbeschlusses ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Über dringlich erklärte Gesetzesbeschlüsse ist eine Volksabstimmung nicht zulässig.

(4) Bei der Volksabstimmung ist jede/jeder zum Landtag Wahlberechtigte stimmberechtigt.

(5) Wurde die Durchführung einer Volksabstimmung beschlossen oder innerhalb der Frist gemäß Abs. 1 Z. 2 verlangt, so ist mit der Beurkundung des Gesetzesbeschlusses zuzuwarten, bis das Ergebnis der Volksabstimmung vorliegt.

(6) Das Ergebnis der Volksabstimmung ist von der Landesregierung zu verlautbaren.

(7) Gesetzesbeschlüsse, die durch die Volksabstimmung abgelehnt wurden, dürfen nicht kundgemacht werden. Gesetzesbeschlüsse, die nicht abgelehnt wurden, sind unter Berufung auf das Ergebnis der Volksabstimmung kundzumachen.“

2. § 42 entfällt.

3. § 49 Abs. 3 erster Satz lautet:

„Einer Volksabstimmung ist jeder Beschluss des Gemeinderates in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde zu unterziehen, wenn dies der Gemeinderat beschließt.“

## Artikel 2 (Verfassungsbestimmung)

### **Inkrafttreten und Übergangsbestimmung**

(1) Artikel 1 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 14. Oktober 2005, in Kraft.

(2) Im Zeitpunkt des Inkrafttretens laufende Volksabstimmungsverfahren über Gesetzesbeschlüsse des Landtages und Beschlüsse eines Gemeinderates sind nach den vor dem Inkrafttreten des Artikels 1 geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu Ende zu führen.

## Artikel 3

### **Änderung des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes**

Das Steiermärkische Volksrechtegesetz, LGBl. Nr. 87/1986, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 51/1999, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Z. V. lautet:

„V. Volksabstimmung (§ 41 L-VG) §§ 52 bis 81“

2. § 16 Abs. 4 lautet:

„(4) Zum Nachweis der Stimmberechtigung sind dem Antrag Stimmrechtsbestätigungen anzuschließen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist bei der Gemeinde zu beantragen. Die Stimmrechtsbestätigung ist auszustellen, wenn der Antragsteller in der Wählerevidenz eingetragen ist und im Zeitpunkt der Ausstellung der Stimmrechtsbestätigung zum Landtag wahlberechtigt ist. Der Antragsteller hat seine Identität glaubhaft zu machen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist in der Wählerevidenz anzumerken.“

3. § 19 Abs. 2 lit. d entfällt.

4. § 22 Abs. 1 erster Satz lautet:

„Zur Eintragung ist berechtigt, wer mit Ablauf des letzten Tages der Eintragsfrist (§ 20) für die Wahl zum Landtag stimmberechtigt ist.“

5. § 31 lautet:

„ § 31

**Sinngemäße Geltung der Landtags-Wahlordnung**

Im Übrigen gelten für das Eintragungsverfahren sinngemäß der § 52 (Verbotszone), der § 55 (Leitung der Wahl), der § 59 (Persönliche Ausübung des Wahlrechtes) und die §§ 65 bis 67 (Besondere Erleichterungen für die Ausübung des Wahlrechtes) der Landtags-Wahlordnung 2004, LGBL. Nr. 45 in der jeweils geltenden Fassung.“

6. In § 40 wird die Zahl „85.000“ durch die Zahl „50.000“ ersetzt.

7. § 43 Abs. 2 lit. d entfällt.

8. § 52 Abs. 2 lautet:

„(2) Gesetzesbeschlüsse des Landtages, ausgenommen solche gemäß § 41 Abs. 2 und 3 L-VG, sind vor ihrer Beurkundung einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn es

1. der Landtag beschließt oder
2. binnen sechs Wochen nach Fassung des Gesetzesbeschlusses verlangt wird
  - a) von mindestens 50.000 der für die Wahl zum Landtag Stimmberechtigten oder
  - b) von mindestens 80 Gemeinden des Landes Steiermark auf Grund gleich lautender Gemeinderatsbeschlüsse.“

9. § 53 lautet:

„ § 53

**Information über Gesetzesbeschlüsse**

(1) Der Landtag hat die Öffentlichkeit unverzüglich über die Fassung von Gesetzesbeschlüssen, über die eine Volksabstimmung zulässig ist, zu informieren. Die Information der Öffentlichkeit hat durch Veröffentlichung in allgemein zugänglicher elektronischer Form zu erfolgen.

(2) Die Veröffentlichung hat zu enthalten:

1. den Titel des Gesetzes,
2. das Datum des Gesetzesbeschlusses und
3. die Frist, innerhalb welcher die Durchführung einer Volksabstimmung verlangt werden kann.“

10. § 55 Abs. 1 und 2 lauten:

„(1) Der Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung muss von mindestens 50.000 der für die Wahl zum Landtag Stimmberechtigten unterzeichnet sein.

(2) Zum Nachweis der Stimmberechtigung sind dem Antrag Stimmrechtsbestätigungen anzuschließen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist bei der Gemeinde zu beantragen. Die Stimmrechtsbestätigung ist auszustellen, wenn der Antragsteller in der Wählerevidenz eingetragen ist und im Zeitpunkt der Ausstellung der Stimmrechtsbestätigung zum Landtag wahlberechtigt ist. Der Antragsteller hat seine Identität glaubhaft zu machen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist in der Wählerevidenz anzumerken.“

11. In § 59 Abs. 1 wird das Wort „zehn“ durch die Zahl „80“ ersetzt.

12. § 59 Abs. 2 lautet:

„(2) Wird der Antrag innerhalb von sechs Wochen nach Fassung des Gesetzesbeschlusses von 80 Gemeinden eingebracht und entspricht der Antrag den Bestimmungen des § 52 Abs. 2 lit. c und des § 54, hat die Landesregierung mit Bescheid innerhalb von vier Wochen festzustellen, ob eine Volksabstimmung durchzuführen ist.“

13. § 59 Abs. 4 entfällt.

14. § 60 entfällt.

15. In § 61 Abs. 2 lit. a entfallen die Worte „oder im Fall der Dringlicherklärung in Kraft bleiben“.

16. § 61 Abs. 2 lit. d entfällt.

17. In § 66 Abs. 1 und § 67 Abs. 1 wird das Wort „Stichtag“ jeweils durch die Worte „Tag der Volksabstimmung“ ersetzt.

18. In § 67 Abs. 3 wird der Verweis auf „die §§ 27 bis 35 der Landtags-Wahlordnung 1960“ durch den Verweis auf „die §§ 25 bis 32 der Landtags-Wahlordnung 2004“ ersetzt.

19. In § 68 Abs. 1 lit. b entfallen die Worte „oder im Fall der Dringlicherklärung in Kraft bleiben“.

20. § 72 lautet:

„§ 72

#### **Sinngemäße Geltung der Landtagswahlordnung**

Im Übrigen gelten für das Abstimmungsverfahren sinngemäß der § 8 (Besondere Wahlbehörden), die §§ 34 bis 36 (Wahlkarten), die §§ 46 bis 53 (Wahlort und Wahlzeit), die §§ 55 bis 64 (Wahlhandlung) und die §§ 65 bis 67 (Besondere Erleichterungen für die Ausübung des Wahlrechts) der Landtags-Wahlordnung 2004.“

21. In § 81 entfallen die Worte „nicht dringlich erklärte“.

22. § 84 Abs. 3 lautet:

„(3) Zum Nachweis der Stimmberechtigung sind dem Antrag Stimmrechtsbestätigungen anzuschließen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist bei der Gemeinde zu beantragen. Die Stimmrechtsbestätigung ist auszustellen, wenn der Antragsteller in der Wählerevidenz eingetragen ist und im Zeitpunkt der Ausstellung der Stimmrechtsbestätigung zum Landtag wahlberechtigt ist. Der Antragsteller hat seine Identität glaubhaft zu machen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist in der Wählerevidenz anzumerken.“

23. § 90 Abs. 2 lit. d entfällt.

24. In § 94 Abs. 1 und § 95 Abs. 1 wird das Wort „Stichtag“ jeweils durch die Worte „Tag der Volksbefragung“ ersetzt.

25. In § 95 Abs. 3 wird der Verweis auf „die §§ 27 bis 35 der Landtags-Wahlordnung 1960“ durch den Verweis auf „die §§ 25 bis 32 der Landtags-Wahlordnung 2004“ ersetzt.

26. § 100 lautet:

„§ 100

#### **Sinngemäße Geltung der Landtags-Wahlordnung**

Im Übrigen gelten für das Befragungsverfahren sinngemäß der § 8 (Besondere Wahlbehörden), die §§ 34 bis 36 (Wahlkarten), die §§ 46 bis 53 (Wahlort und Wahlzeit), die §§ 55 bis 64 (Wahlhandlung) und die §§ 65 bis 67 (Besondere Erleichterungen für die Ausübung des Wahlrechts) der Landtags-Wahlordnung 2004.“

27. Nach § 117 Abs. 1 wird folgender Abs.1 a eingefügt:

„(1 a) Zum Nachweis der Stimmberechtigung sind dem Antrag Stimmrechtsbestätigungen anzuschließen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist bei der Gemeinde zu beantragen. Die Stimmrechtsbestätigung ist auszustellen, wenn der Antragsteller in der Wählerevidenz eingetragen ist und im Zeitpunkt der Ausstellung der Stimmrechtsbestätigung zum Gemeinderat wahlberechtigt ist. Der Antragsteller hat seine Identität glaubhaft zu machen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist in der Wählerevidenz anzumerken.“

28. § 127 Abs. 2 lit. d entfällt.

29. § 130 Abs. 2 lautet:

„(2) Beschlüsse des Gemeinderates in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches sind einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn dies der Gemeinderat gleichzeitig mit der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses beschließt.“

30. § 131 entfällt.

31. Die §§ 133 bis 136 entfallen.

32. § 137 Abs. 1 und 2 lauten:

„(1) Hat der Gemeinderat die Durchführung einer Volksabstimmung beschlossen, so hat er diese unverzüglich mit Verordnung anzuordnen.

(2) Die Verordnung hat zu enthalten:

- a) die Frage, ob der vom Gemeinderat gefasste Beschluss Geltung erlangen soll,
- b) den vollen Wortlaut des Gemeinderatsbeschlusses und
- c) den Tag der Volksabstimmung.“

33. In § 141 Abs. 1 und in § 142 Abs. 1 wird das Wort „Stichtag“ jeweils durch die Worte „Tag der Volksabstimmung“ ersetzt.

34. § 142 Abs. 2 lautet:

„(2) Das Verzeichnis der Stimmberechtigten ist spätestens am 21. Tag nach Kundmachung der Verordnung gemäß § 137 fünf Tage zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.“

35. In § 142 Abs. 3 wird der Verweis auf „die §§ 26, 28 bis 36 der Gemeindewahlordnung 1960“ durch den Verweis auf „die §§ 23, 24 und 26 bis 34 der Gemeindewahlordnung 2004, LGBL. Nr. 48 in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

36. In § 143 Abs. 1 lit. b entfallen die Worte „oder im Fall der Dringlichkeit in Geltung bleiben“.

37. § 146 entfällt.

38. § 147 Abs. 1 lautet:

„(1) Im Übrigen gelten für das Abstimmungsverfahren sinngemäß der § 3 (Wahlort), der § 8 (Besondere Wahlbehörden), die §§ 35 bis 38 (Ort der Ausübung des Wahlrechts, Wahlkarten), die §§ 49 bis 52 (Wahllokale und Wahlzeit, Verbotszone), die §§ 54 bis 63 (Wahlhandlung) und die §§ 64 bis 66 (Besondere Erleichterungen zur Ausübung des Wahlrechts) der Gemeindewahlordnung 2004.“

39. § 152 Abs. 2 lautet:

„(2) Der Einspruch kann von mindestens 20 der zur angefochtenen Volksabstimmung Stimmberechtigten erhoben werden.“

40. Nach § 156 Abs. 5 wird folgender Abs. 5 a eingefügt:

„(5 a) Zum Nachweis der Stimmberechtigung sind dem Antrag Stimmrechtsbestätigungen anzuschließen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist bei der Gemeinde zu beantragen. Die Stimmrechtsbestätigung ist auszustellen, wenn der Antragsteller in der Wählerevidenz eingetragen ist und im Zeitpunkt der Ausstellung der Stimmrechtsbestätigung zum Gemeinderat wahlberechtigt ist. Der Antragsteller hat seine Identität glaubhaft zu machen. Die Ausstellung einer Stimmrechtsbestätigung ist in der Wählerevidenz anzumerken.“

41. § 159 Abs. 2 lit. d entfällt.

42. In § 163 Abs. 1 und § 164 Abs. 1 wird das Wort „Stichtag“ jeweils durch die Worte „Tag der Volksbefragung“ ersetzt.

43. In § 164 Abs. 2 wird das Wort „zehn“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

44. In § 164 Abs. 3 wird der Verweis auf „die §§ 26, 28 bis 36 der Gemeindewahlordnung 1960“ durch den Verweis auf „die §§ 23, 24 und 26 bis 34 der Gemeindewahlordnung 2004“ ersetzt.

45. § 169 Abs. 1 lautet:

„(1) Im Übrigen gelten für das Befragungsverfahren sinngemäß der § 3 (Wahlort), der § 8 (Besondere Wahlbehörden), die §§ 35 bis 38 (Ort der Ausübung des Wahlrechts, Wahlkarten), die §§ 49 bis 52 (Wahllokale und Wahlzeit, Verbotzone), die §§ 54 bis 63 (Wahlhandlung) und die §§ 64 bis 66 (Besondere Erleichterungen zur Ausübung des Wahlrechts) der Gemeindewahlordnung 2004.“

46. In § 187 Abs. 1 wird der Verweis auf die „Landtags-Wahlordnung 1960“ durch den Verweis auf die „Landtags-Wahlordnung 2004“ ersetzt.

47. In § 187 Abs. 2 wird der Verweis auf die „Gemeindewahlordnung 1960“ durch den Verweis auf die „Gemeindewahlordnung 2004“ ersetzt.

48. In § 190 wird der Verweis auf die „§§ 32 und 33 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1950“ durch den Verweis auf die „§§ 32 und 33 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51, in der Fassung BGBl. I Nr. 10/2004“ ersetzt.

49. Nach § 193 wird folgender § 193a eingefügt:

„§ 193 a

#### **Übergangsbestimmung zu LGBL Nr. 94/2005**

Im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle LGBL Nr. 94/2005 laufende Volksabstimmungsverfahren über Gesetzesbeschlüsse des Landtages und Beschlüsse eines Gemeinderates sind nach den vor dem Inkrafttreten der Novelle geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu Ende zu führen.“

50. Dem § 194 wird folgender § 195 angefügt:

„§ 195

#### **Inkrafttreten von Novellen**

(1) Die Änderung der §§ 113 bis 115 und 184 bis 186 durch die Novelle LGBL Nr. 74/1990 ist mit 12. Oktober 1990 in Kraft getreten.

(2) Die Ersetzung des Begriffs ‚ordentlicher Wohnsitz‘ durch den Begriff ‚Hauptwohnsitz‘ in der jeweils grammatikalisch richtigen Form durch die Novelle LGBL Nr. 75/1995 ist mit 19. Oktober 1995 in Kraft getreten.

(3) Die Änderung des § 142 Abs. 1 und 3, § 147 Abs. 2, § 164 Abs. 1 und 3, § 169 Abs. 2 und § 187 Abs. 2 sowie der Entfall des § 189 durch die Novelle LGBL Nr. 40/1997 sind mit 1. Juli 1997 in Kraft getreten.

(4) Die Einfügung des § 180 a durch die Novelle LGBL Nr. 51/1999 ist mit 8. Juni 1999 in Kraft getreten.

(5) Die Änderung des § 1 Z. V, § 16 Abs. 4, § 22 Abs. 1 erster Satz, § 31, § 40, § 52 Abs. 2, § 55 Abs. 1 und 2, § 59 Abs. 1 und 2, § 61 Abs. 2 lit. a, § 66 Abs. 1, § 67 Abs. 1 und 3, § 68 Abs. 1 lit. b, § 72, § 81, § 84 Abs. 3, § 94 Abs. 1, § 95 Abs. 1 und 3, § 100, § 130 Abs. 2, § 137 Abs. 1 und 2, § 141 Abs. 1, § 142 Abs. 1, 2 und 3, § 143 Abs. 1 lit. b, § 147 Abs. 1, § 152 Abs. 2, § 163 Abs. 1, § 164 Abs. 1, 2 und 3, § 169 Abs. 1, § 187 Abs. 1 und 2, § 190 sowie die Einfügung des § 117 Abs. 1 a, § 156 Abs. 5 a und § 193 a und der Entfall des § 19 Abs. 2 lit. d, § 43

Abs. 2 lit. d, § 59 Abs. 4, § 60, § 61 Abs. 2 lit. d, § 90 Abs. 2 lit. d, § 127 Abs. 2 lit. d, § 131, der §§ 133 bis 136, des § 146, § 159 Abs. 2 lit. d durch die Novelle LGBL Nr. 94/2005 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 14. Oktober 2005, in Kraft.“

(6) Die Änderung des § 53 durch die Novelle LGBL Nr. 94/2005 tritt mit Beginn der XV. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages in Kraft. Die Präsidentin/Der Präsident hat diesen Zeitpunkt in der ‚Grazer Zeitung – Amtsblatt für die Steiermark‘ kundzumachen.“

Landeshauptmann  
Klasnic

Erster Landeshauptmannstellvertreter  
Voves

## 95.

### **Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem die Gemeindevahlordnung 2004 geändert wird**

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Das Gesetz über die Gemeindevahlordnung 2004 – GWO, LGBL Nr. 48, wird wie folgt geändert:

1. *Im Inhaltsverzeichnis wird nach der Zeile „§ 104 Inkrafttreten“ die Zeile „§ 104 a Inkrafttreten von Novellen“ eingefügt.*

2. *§ 41 Abs. 2 lautet:*

„(2) Der Wahlvorschlag muss in Gemeinden mit bis zu 1000 Einwohnern von mindestens fünf, in Gemeinden mit 1001 bis 3000 Einwohnern von mindestens zehn, in Gemeinden mit 3001 bis 5000 Einwohnern von mindestens 15 und in Gemeinden mit über 5000 Einwohnern von mindestens 20 Personen, die am Stichtag in der Gemeinde als wahlberechtigt in der Wählerevidenz eingetragen waren, unterstützt sein. Dem Wahlvorschlag ist die ausgefüllte und eigenhändig unterfertigte Unterstützungserklärung anzuschließen. Die Unterstützungserklärung hat den Vor- und Familiennamen, das Geburtsdatum und die Wohnadresse der unterstützenden Person sowie die Bezeichnung der unterstützten wahlwerbenden Partei zu enthalten.“

3. *Nach § 104 wird folgender § 104 a eingefügt:*

„ § 104 a

#### **Inkrafttreten von Novellen**

Die Änderung des Inhaltsverzeichnisses und des § 41 Abs. 2 durch die Novelle LGBL Nr. 95/2005 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 14. Oktober 2005, in Kraft.“

Landeshauptmann  
Klasnic

Erster Landeshauptmannstellvertreter  
Voves

## 96.

### **Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem das Rettungsdienstgesetz geändert wird**

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Das Gesetz über die Rettungsdienste (Rettungsdienstgesetz), LGBL Nr. 20/1990, zuletzt in der Fassung der Novelle LGBL Nr. 10/2004, wird wie folgt geändert:

1. *§ 11 Abs. 1 lautet:*

„(1) Die Gemeinden haben für die Besorgung der Aufgaben des allgemeinen Rettungsdienstes einen jährlichen Rettungsbeitrag je Einwohner zu entrichten. Dieser Rettungsbeitrag beträgt ab 1. Jänner 2006 3,50 Euro, ab 1. Jänner 2007 4,00 Euro und ab 1. Jänner 2008 4,50 Euro. Das Land hat jeder Gemeinde den Gesamtrettungsbeitrag der Gemeinden und den auf die Gemeinde entfallenden Anteil schriftlich bekannt zu geben.“

2. § 12 Abs. 4 lautet:

„(4) Die Landesregierung hat vor Gewährung von finanziellen Mitteln nach diesem Gesetz eine Vereinbarung gemäß § 6 Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz über die Kontrollmöglichkeit durch den Landesrechnungshof – eingeschränkt auf den Bereich der Rettungs- und Krankentransportdienste – abzuschließen.“

3. Nach § 12 Abs. 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Der Österreichische Städtebund, Landesgruppe Steiermark und der Steiermärkische Gemeindebund haben das Recht, die Gebarung des Landesverbandes Steiermark des Österreichischen Roten Kreuzes, eingeschränkt auf den Bereich der Rettungs- und Krankentransportdienste, zu überprüfen und Einsicht zu nehmen. Diese Bünde haben auch das Recht, vor Beschlussfassung der Jahresvoranschläge und der Rechnungsabschlüsse der Bezirksstellen und des Landesverbandes Steiermark des Österreichischen Roten Kreuzes beratend mitzuwirken.“

4. § 18 lautet:

„§ 18

**Inkrafttreten von Novellen**

(1) Die Änderung des § 11 Abs. 1 durch die Novelle LGBL. 16/1994 ist mit 1. Jänner 1994 in Kraft getreten.

(2) Die Einfügung des § 2 Abs. 1 a sowie die Änderung des § 3 Abs. 2 Z. 2, § 3 Abs. 3 erster Satz, § 5 Abs. 1, § 6 Abs. 2 Z. 2, § 6 Abs. 3 erster Satz, § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 2 Z. 2 sowie des § 11 Abs. 1 durch die Novelle LGBL. Nr. 19/1998 sind mit 1. Jänner 1997 in Kraft getreten.

(3) Die Änderung des § 11 Abs. 1 und des § 16 Abs. 1 letzter Satz sowie die Anfügung des § 12 Abs. 4 durch die Novelle LGBL. Nr. 21/2002 sind mit 1. Jänner 2002 in Kraft getreten.

(4) Die Änderung des § 11 Abs. 1 und 2 durch die Novelle LGBL. Nr. 10/2004 ist mit 1. Jänner 2004 in Kraft getreten.

(5) Die Änderung des § 11 Abs. 1 und § 12 Abs. 4 sowie die Anfügung des § 12 Abs. 5 treten mit dem auf die Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der 1. November 2005, in Kraft.“

Landeshauptmann  
Klasnic

Erster Landeshauptmannstellvertreter  
Voves

**97.**

**Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird**

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBL. Nr. 30/1957, zuletzt in der Fassung LGBL. Nr. 54/2003, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 12 Abs. 2 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Bei der Berechnung der Frist nach Abs. 2 zweiter Satz sind Zeiten eines Karenzurlaubes, mit Ausnahme einer Karenz nach dem St.-MSchKG, LGBL. Nr. 52/2002, in der jeweils geltenden Fassung, nicht zu berücksichtigen.“

2. § 16 Abs. 1 lit. a vorletzter Halbsatz lautet:

„als anrechenbare Dienstzeit gilt auch der im bestehenden öffentlichen Dienstverhältnis zur Stadt Graz zurückgelegte Karenzurlaub gemäß § 41 b Abs. 1, die Zeit der Freistellung gemäß § 41 c (Freijahr) sowie die Zeit der Familienhospizfreistellung gemäß § 41 d Abs. 1 Z. 3;“



3. § 16 Abs. 7 dritter Satz lautet:

„Zeiträume, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres des Beamten liegen, können auch nur bedingt für den Fall der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit oder der Erreichung der im § 46 Abs. 2 bezeichneten Altersgrenze oder für den Fall des Todes des Beamten für die Begründung des Anspruches auf den Ruhegenuss und für das Ausmaß desselben angerechnet werden.“

4. § 16 Abs. 9 zweiter Satz lautet:

„Er beträgt den gemäß § 29 zu berechnenden Prozentsatz des Dienst Einkommens, das im Zeitpunkt der Einbringung des Anrechnungsansuchens dem Anfangsdienst Einkommen (Gehalt, Teuerungszuschläge, für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Zulagen) jener Verwendungsgruppe entspricht, in der der Beamte angestellt bzw. auf den Personalstand übernommen wurde; werden jedoch Zeiträume nur bedingt für den Fall der Dienstunfähigkeit oder für den Fall des Todes (Abs. 7) angerechnet, so ermäßigt sich der Hundertsatz für diese Zeiten auf die Hälfte des gemäß § 29 zu berechnenden Prozentsatzes.“

5. In § 16 a Abs. 4 Z. 2, in § 29 Abs. 4 Z. 1 und in § 71 Abs. 2 lit. b wird das Zitat „§ 41 b Abs. 1 und 2“ durch das Zitat „§ 41 b Abs. 1“ ersetzt.

6. § 17 Abs. 2 lautet:

„(2) Die regelmäßige Wochendienstzeit des Beamten kann auf seinen Antrag bis auf die Hälfte des für eine Vollbeschäftigung vorgesehenen Ausmaßes herabgesetzt werden, wenn der Verwendung im verlangten Ausmaß keine wichtigen dienstlichen Interessen entgegenstehen.“

7. Dem § 17 Abs. 2 werden folgende Abs. 3, 4 und 5 angefügt:

„(3) Das Ausmaß der Herabsetzung ist so festzulegen, dass die verbleibende regelmäßige Wochendienstzeit ein ganzzahliges Stundenausmaß umfasst. Das Ausmaß darf nicht weniger als 20 und nicht mehr als 39 Stunden betragen.

(4) Die Herabsetzung wird mindestens für die Dauer von sechs Monaten wirksam.

(5) Die regelmäßige Wochendienstzeit darf nicht herabgesetzt werden, wenn der Beamte in Folge der Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit aus wichtigen dienstlichen Gründen weder im Rahmen seiner bisherigen Stelle noch auf einer anderen seiner dienstrechtlichen Stellung zumindest entsprechenden Stelle verwendet werden könnte.“

8. Dem § 17 b Abs. 5 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Abweichend von Abs. 1 ist dem Beamten für die von ihm beantragte Dauer, während der er Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld hat, eine Herabsetzung der Wochendienstzeit auch unter die Hälfte des für eine Vollbeschäftigung vorgesehenen Ausmaßes zu gewähren.“

9. In § 17 c wird die Überschrift „Festlegung der Dienststunden“ durch die Überschrift „Dienstleistung während der Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit“ ersetzt.

10. In § 17 d wird die Überschrift „Anordnung zusätzlicher Dienstleistungen“ durch die Überschrift „Anordnung zusätzlicher Dienstleistungen während der Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit“ ersetzt.

11. Nach § 17 e wird folgender § 17 f angefügt:

„§ 17 f

**Mehrdienstleistungen, Überstunden**

(1) Mitarbeiter des Schemas II haben auf Anordnung über die vorgeschriebenen Dienststunden hinaus Dienst zu versehen (Mehrdienstleistung). Den auf Anordnung erbrachten Mehrdienstleistungen sind Mehrdienstleistungen gleichzuhalten, wenn

1. der Beamte einen zur Anordnung der Mehrdienstleistung Befugten nicht erreichen konnte,
2. die Mehrdienstleistung zur Abwehr eines Schadens unverzüglich notwendig war,

3. die Notwendigkeit der Mehrdienstleistung nicht auf Umstände zurückgeht, die von dem Beamten, der die Mehrdienstleistung erbracht hat, hätte vermieden werden können und
4. der Beamte diese Mehrdienstleistung spätestens innerhalb einer Woche nach der Erbringung schriftlich meldet; ist der Beamte durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis ohne sein Verschulden verhindert, so verlängert sich die Meldefrist um die Dauer der Verhinderung.

(2) An Werktagen erbrachte Mehrdienstleistungen sind nach Möglichkeit im selben Kalendervierteljahr im Verhältnis 1 : 1 in Freizeit auszugleichen. Mehrdienstleistungen außerhalb der Nachtzeit sind vor Mehrdienstleistungen in der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr) auszugleichen. Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen sind nicht durch Freizeit auszugleichen.

(3) Mehrdienstleistungen an Werktagen, die im betreffenden Kalendervierteljahr aus dienstlichen Gründen nicht durch Freizeit ausgeglichen sind, gelten mit Ablauf des Kalendervierteljahres als Überstunden. Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen gelten in jedem Fall als Überstunden und sind nach § 31 c abzugelten.

(4) Werktagsüberstunden sind je nach Anordnung

1. im Verhältnis 1 : 1,5 in Freizeit auszugleichen oder
2. nach § 31 a Abs. 2 Z. 1 abzugelten oder
3. im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen und zusätzlich nach § 31 a Abs. 2 Z. 2 abzugelten.

(5) Auf Zeiten einer zusätzlichen Dienstleistung nach § 28 Abs. 3 St.-MSchKG, LGBl. Nr. 52/2002, in der jeweils geltenden Fassung, und nach § 17 d dieses Landesgesetzes, sind, soweit sie die regelmäßige Wochendienstzeit nicht überschreiten, die Abs. 2 bis 4 nicht anzuwenden. Diese Zeiten gelten als Mehrdienstleistung und sind

1. innerhalb von sechs Monaten im Verhältnis 1 : 1 in Freizeit auszugleichen oder
2. mit der Grundvergütung gemäß § 31 a Abs. 3 abzugelten.

Soweit jedoch Zeiten einer solchen Dienstleistung die regelmäßige Wochendienstzeit überschreiten, sind auf sie die Abs. 2 bis 4 anzuwenden.

(6) Werktagsüberstunden außerhalb der Nachtzeit sind vor Werktagsüberstunden in der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr) auszugleichen.

(7) Ein Freizeitausgleich für Werktagsüberstunden ist bis zum Ende des sechsten auf das Kalendervierteljahr der Leistung folgenden Monats zulässig.

(8) Folgende Zeiten gelten jedenfalls nicht als Überstunden:

1. Zeiten einer vom Beamten angestrebten Einarbeitung von Dienstzeit (z. B. im Fall eines Dienstaustausches oder einer sonstigen angestrebten Verlegung der Zeit der Dienstleistung) und
2. Zeitguthaben aus der gleitenden Dienstzeit, soweit sie die im Gleitzeitdienstplan festgelegte Obergrenze für jeweils in den Folgemonat übertragbare Zeitguthaben nicht übersteigen.

Diese Zeiten sind, soweit dies nicht bereits erfolgt ist, ausschließlich im Verhältnis 1 : 1 in Freizeit abzugelten.“

12. § 29 Abs. 2 letzter Satz lautet:

„Kürzungen, die sich auf Grund der Herabsetzung der Wochendienstzeit gemäß § 17 a oder § 17 b, bei Inanspruchnahme der Familienhospizfreistellung gemäß § 41 d Abs. 1 Z. 2 sowie gemäß § 67 b auf Grund der Gewährung eines Freijahres ergeben, bleiben bei der Bemessung des Pensionsbeitrages unberücksichtigt, sofern dies der Beamte vor Beginn der Herabsetzung der Wochendienstzeit oder der Inanspruchnahme des Freijahres beantragt.“

13. § 31 Abs. 6 dritter Satz entfällt.

14. § 31 Abs. 8 lautet:

„(8) Ist der Beamte auf Grund eines Dienstunfalles oder einer Berufskrankheit länger als einen Monat vom Dienst abwesend, so gebühren ihm bis zu dem auf den Ablauf dieser Frist folgenden Monatsletzten die nicht pauschalierten Nebengebühren in demselben Ausmaß, in dem sie ihm für den dem Beginn der Dienstverhinderung vorangegangenen Kalendermonat gebührten. Ist jedoch in den Tätigkeiten des Beamten, die den Anspruch auf derartige Nebengebühren begründen, seither eine wesentliche Änderung eingetreten bzw. wäre eine solche ohne Dienstverhinderung eingetreten, so gebühren ihm jene gemäß § 52 a für die Ruhegenusszulage anrechenbaren nicht pauschalierten Nebengebühren, auf die er Anspruch hätte, wenn die Dienstverhinderung nicht eingetreten wäre.“

15. § 31 a Abs. 1 bis 5 lauten:

„(1) Dem Beamten gebührt für Überstunden,

1. die nicht in Freizeit oder
2. die gemäß § 17 f Abs. 4 Z. 3 im Verhältnis 1 : 1 in Freizeit ausgeglichen werden, eine Überstundenvergütung.

(2) Die Überstundenvergütung umfasst

1. im Falle des § 17 f Abs. 4 Z. 2 die Grundvergütung und den Überstundenzuschlag,
2. im Falle des § 17 f Abs. 4 Z. 3 den Überstundenzuschlag.

(3) Die Grundvergütung für die Überstunde ist durch die Teilung des die Bemessungsgrundlage bildenden Betrages durch die 4,33fache Anzahl der vom Stadtsenat gemäß § 17 für die Beamten festgesetzten Wochenstundenzahl zu ermitteln. Die Bemessungsgrundlage besteht aus dem Gehalt zuzüglich allfälligen im § 67 Abs. 1 angeführten Zulagen des Beamten (ausgenommen Kinderzulage). Der Überstundenzuschlag beträgt

1. für Überstunden außerhalb der Nachtzeit 50 % und
2. für Überstunden während der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr) 100 %

der Grundvergütung.

Die Überstundenvergütung gebührt bereits vor Ablauf der im § 17 f Abs. 7 angeführten Frist, wenn feststeht, dass ein Freizeitausgleich bis zum Ablauf dieser Frist nicht möglich sein wird.

(4) Abrechnungszeitraum für die Überstundenvergütung ist das Kalendervierteljahr. Die im Kalendervierteljahr geleisteten Überstunden sind zusammenzuzählen. Bruchteile von Überstunden gemäß § 17 f Abs. 4 Z. 2 und 3, die sich dabei ergeben, sind bis zu einem Ausmaß von weniger als 30 Minuten zu vernachlässigen; Bruchteile von 30 Minuten und mehr sind auf eine volle Stunde aufzurunden.

(5) Die Teilnahme an Empfängen und gesellschaftlichen Veranstaltungen begründet, auch wenn sie dienstlich notwendig ist, weder einen Anspruch auf Freizeitausgleich noch einen Anspruch auf Überstundenvergütung.“

16. § 31 m Abs. 3 entfällt.

17. § 36 entfällt.

18. § 37 Abs. 2 erster Satz lautet:

„Zur Krankenfürsorgeeinrichtung der Stadt haben die Beamten laufende Beiträge bis zum Höchstausmaß von 4,3 v. H., die Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger bis zum Höchstausmaß von 4,5 v. H. ihrer Bezüge (Gehalt bzw. Ruhe- oder Versorgungsgenuss, Kinderzulage, Dienstalterszulage, Dienstzulagen, Ergänzungszulage, für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Zulagen, Sonderzahlungen, Teuerungszulagen, für die Ruhe- bzw. Versorgungsgenusszulage anrechenbare Nebengebühren, Ruhe- und Versorgungsgenusszulage) zu entrichten; die Stadt hat Zuschüsse in Höhe von 3,2 v. H. dieser Bemessungsgrundlage zu leisten.“

19. § 39 Abs. 6 zweiter Satz entfällt.

20. Nach § 39 Abs. 6 a wird folgender Abs. 6 b eingefügt:

„(6 b) Für jenes Jahr, in dem der Beamte in den Ruhestand versetzt wird, gebührt ein Erholungsurlaub – soweit er noch nicht verbraucht ist – in dem Ausmaß, das dem um die Dauer des Ruhestandes verkürzten Kalenderjahr entspricht. Für jenes Jahr, in dem das Dienstverhältnis des Beamten aufgelöst wird, gebührt – soweit der Erholungsurlaub noch nicht verbraucht ist – für jeden begonnenen Monat des Dienstverhältnisses ein Zwölftel des jährlichen Ausmaßes. Ergeben sich bei der Ermittlung des Urlaubsausmaßes Teile von Tagen, so sind diese auf ganze Tage aufzurunden.“

21. In § 39 Abs. 8 wird vor dem letzten Satz folgender Satz eingefügt:

„Hat der Beamte eine Karenz nach dem St.-MSchKG, LGBL. Nr. 52/2002, in der jeweils geltenden Fassung, in Anspruch genommen, so wird der Verfallstermin um jenen Zeitraum hinausgeschoben, um den diese Karenz das Ausmaß von zehn Monaten übersteigt.“

22. § 41 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Zeit des Karenzurlaubes ist, sofern in diesem Gesetz nicht anderes bestimmt ist, für Rechte, die von der Dauer des Dienstverhältnisses abhängen, nicht zu berücksichtigen.“

23. § 41 b Abs. 2 entfällt.

24. Nach § 41 c wird folgender § 41 d samt Überschrift eingefügt:

„§ 41 d

#### **Familienhospizfreistellung**

(1) Dem Beamten ist auf sein Ansuchen die zum Zwecke der Sterbebegleitung eines nahen Angehörigen im Sinne des § 41 a Abs. 1 zweiter Satz für einen bestimmten, drei Monate nicht übersteigenden Zeitraum erforderliche

1. Dienstzeiterleichterung (z. B. Dienstaustausch, Einarbeitung),
2. Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit in dem von ihm beantragten prozentuellen Ausmaß unter anteiliger Kürzung seiner Bezüge oder
3. gänzliche Dienstfreistellung gegen Entfall der Bezüge zu gewähren. Eine solche Maßnahme ist auch für die Sterbebegleitung von Schwiegereltern und Schwiegerkindern zu gewähren.

Dienstzeiterleichterungen dürfen nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Dienstbetriebes führen. Auf die Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit eines Beamten sind die §§ 17 c, 17 d und 17 e Abs. 1 anzuwenden. Dem Beamten ist auf sein Ansuchen eine Verlängerung der Maßnahme zu gewähren, wobei die Gesamtdauer der Maßnahmen pro Anlassfall sechs Monate nicht überschreiten darf.

(2) Der Beamte hat sowohl den Grund für die Maßnahme und deren Verlängerung als auch das Angehörigenverhältnis glaubhaft zu machen. Auf Verlangen der Dienstbehörde ist eine schriftliche Bescheinigung über das Angehörigenverhältnis vorzulegen.

(3) Die Dienstbehörde hat über die vom Beamten beantragte Maßnahme innerhalb von fünf Arbeitstagen, über die Verlängerung innerhalb von zehn Arbeitstagen ab Einlangen des Ansuchens zu entscheiden.

(4) Die Abs. 1 bis 3 sind auch bei der Betreuung von im gemeinsamen Haushalt lebenden, schwer erkrankten Kindern (Wahl- oder Pflegekindern) des Beamten anzuwenden.“

25. In § 49 c Abs. 8 wird das Zitat „§ 55 a“ durch das Zitat „§ 55 Abs. 2“ ersetzt.

26. In § 52 Abs. 6 wird die Wortfolge „Kürzungen, die sich auf Grund der Herabsetzung der Wochendienstzeit gemäß § 17 a oder § 17 b ergeben“ durch die Wortfolge „Kürzungen, die sich auf Grund der Herabsetzung der Wochendienstzeit sowie bei Inanspruchnahme des Freijahres ergeben“ ersetzt.

27. § 52 Abs. 8 lautet:

„(8) Bei gemäß § 17 Abs. 2 teilbeschäftigten oder teilbeschäftigt gewesenen Beamten und bei gemäß § 17 a oder § 17 b sowie § 41 d Abs. 1 Z. 2 teilbeschäftigten oder teilbeschäftigt gewesenen Beamten, deren Kürzung des Monatsbezuges auf Grund der Herabsetzung der Wochendienstzeit bei der Bemessung des Pensionsbeitrages berücksichtigt wurde, ist der Berechnung der Abfertigung der aus der in Voll- und Teilbeschäftigung zurückgelegten Dienstzeit errechnete Durchschnittsbezug auf der Grundlage des einem vollbeschäftigten Beamten gleicher Einstufung im letzten Monat des Dienstverhältnisses gebührenden Monatsbezuges zugrunde zu legen.“

28. Die §§ 55 bis 55 c lauten:

„§ 55

#### **Ausmaß des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses**

(1) Das Ausmaß des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses ergibt sich aus einem Prozentsatz des Ruhegenusses, der dem Beamten gebührte oder im Falle seines Todes im Dienststand gebührt hätte, wenn er an seinem Todestag in den Ruhestand versetzt worden wäre. Ein gänzlich oder teilweises Ruhen des Ruhegenusses ist dabei außer Acht zu lassen.

(2) Zur Ermittlung des Prozentsatzes wird vorerst der Anteil der Berechnungsgrundlage des überlebenden Ehegatten in Prozent an der Berechnungsgrundlage des verstorbenen Beamten errechnet. Bei einem Anteil von 100 % beträgt der Prozentsatz 40. Er erhöht/vermindert sich für jeden vollen Prozentpunkt des Anteils, der 100 unterschreitet oder übersteigt, um 0,3. Er ist jedoch nach oben hin mit 60 und nach unten hin mit null begrenzt.

(3) Berechnungsgrundlage des überlebenden oder verstorbenen Ehegatten ist jeweils das Einkommen nach Abs. 4 in den letzten zwei Kalenderjahren vor dem Todestag des Beamten.

(4) Als Einkommen nach Abs. 3 gelten:

1. Erwerbseinkommen nach § 66 a Abs. 1 Z. 1 bis 3,
2. wiederkehrende Geldleistungen
  - a) aus der gesetzlichen Sozialversicherung (mit Ausnahme eines Kinderzuschusses und eines besonderen Steigerungsbetrages zur Höherversicherung) und aus der Arbeitslosenversicherung sowie nach den Bestimmungen über die Arbeitsmarktförderung und die Sonderunterstützung,
  - b) auf Grund gleichwertiger landesgesetzlicher oder bundesgesetzlicher Regelungen der Unfallfürsorge,
3. wiederkehrende Geldleistungen auf Grund
  - a) dieses Gesetzes (mit Ausnahme der Kinderzulage),
  - b) von landes- oder bundesgesetzlichen Vorschriften, die dem Pensionsrecht der Beamten der Stadt Graz vergleichbar sind,
  - c) des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes, BGBl. Nr. 302/1984,
  - d) des Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes, BGBl. Nr. 296/1985,
  - e) des Steiermärkischen Bezügegesetzes, LGBL. Nr. 28/1973, des Landes-Bezügegesetzes, LGBL. Nr. 72/1997, sowie diesen vergleichbarer bundesgesetzlicher und landesgesetzlicher Vorschriften,
  - f) des Verfassungsgerichtshofgesetzes, BGBl. Nr. 85/1953,
  - g) des Bundestheaterpensionsgesetzes, BGBl. Nr. 159/1958,
  - h) des Bundesbahn-Pensionsgesetzes, BGBl. I Nr. 86/2001,
  - i) von Dienst(Pensions)ordnungen für Dienstnehmer und ehemalige Dienstnehmer von
    - aa) öffentlich-rechtlichen Körperschaften und
    - bb) Fonds, Stiftungen, Anstalten und Betrieben, die von einer Gebietskörperschaft oder von Personen verwaltet werden, die hiezu von Organen einer Gebietskörperschaft bestellt sind,
  - j) sonstiger gemäß § 5 Abs. 1 Z. 3 ASVG pensionsversicherungsfreier Dienstverhältnisse,
  - k) vertraglicher Pensionszusagen einer Gebietskörperschaft,
4. außerordentliche Versorgungsbezüge und
5. Pensionen und gleichartige Leistungen auf Grund ausländischer Versicherungs- und Versorgungssysteme (mit Ausnahme einer Kinderzulage oder einer vergleichbaren Leistung), soweit es sich nicht um Hinterbliebenenleistungen nach dem verstorbenen Beamten handelt.

(5) Solange das Einkommen eines Kalenderjahres nicht feststeht, ist vorläufig das letzte feststehende Einkommen heranzuziehen.

#### § 55 a

Die dieses Gesetz vollziehende Stelle gilt für Zwecke der Bemessung eines Witwen- oder Witwerversorgungsbezuges als Versicherungsträger im Sinne der §§ 321 und 460 e ASVG.

#### § 55 b

### **Erhöhung des Witwen- und Witwerversorgungsbezuges**

(1) Erreicht die Summe aus Versorgungsbezug und sonstigem Einkommen (§ 55 Abs. 4) des überlebenden Ehegatten nicht den Betrag von € 1.526,05, so ist, solange diese Voraussetzung zutrifft, der Versorgungsbezug so weit zu erhöhen, dass die Summe den genannten Betrag erreicht. Der Prozentsatz des so ermittelten Versorgungsbezuges darf jedoch 60 nicht überschreiten. An die Stelle des Betrages von € 1.526,05 tritt ab 1. Jänner eines jeden Jahres, erstmals ab 1. Jänner 2006, der unter Bedachtnahme auf § 108 Abs. 9 ASVG mit dem jeweiligen Anpassungsfaktor (§ 108 f ASVG) vervielfachte Betrag.

(2) Die Erhöhung des Versorgungsbezuges nach Abs. 1 ist erstmalig im Zuge der Bemessung des Versorgungsbezuges vorzunehmen. Sie gebührt ab dem Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen für die Erhöhung erfüllt sind.

(3) Werden die Voraussetzungen für eine (weitere) Erhöhung zu einem späteren Zeitpunkt erfüllt, gebührt diese auf besonderen Antrag. Wird dieser Antrag innerhalb eines Jahres ab Erfüllung der Voraussetzungen gestellt, gebührt die Erhöhung ab dem Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen erfüllt sind, andernfalls ab dem Beginn des Monats, in dem der Antrag gestellt wurde.

## § 55 c

**Verminderung des Witwen- und Witwerversorgungsbezuges**

(1) Überschreitet in einem Kalendermonat die Summe aus Versorgungsbezug und sonstigem Einkommen (§ 55 Abs. 4) des überlebenden Ehegatten das Zweifache der jeweiligen monatlichen Höchstbeitragsgrundlage nach § 45 ASVG, so ist – solange diese Voraussetzung zutrifft – der Versorgungsbezug so weit zu vermindern, dass dieser Betrag nicht überschritten wird. Der Prozentsatz des so ermittelten Versorgungsbezuges ist nach unten hin mit null begrenzt.

(2) Die Verminderung des Versorgungsbezuges nach Abs. 1 erfolgt ab dem Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen für die Verminderung vorliegen. Ändert sich die Höhe des Einkommens nach § 55 Abs. 4, so ist diese Änderung bereits in dem Monat, in dem die Änderung eingetreten ist, zu berücksichtigen.

(3) Wären nach den Abs. 1 und 2 zwei oder mehrere Versorgungsbezüge oder solchen Bezügen entsprechende Leistungen zu vermindern, so ist mit der Verminderung immer beim betraglich geringsten Versorgungsbezug bzw. der entsprechenden Leistung zu beginnen.“

29. In § 55 d Abs. 2 wird das Zitat „§ 55 a Abs. 2“ durch das Zitat „§ 55 Abs. 2“ ersetzt.

30. In § 55 e Abs. 1 wird das Zitat „§ 55 a“ durch das Zitat „§ 55“ ersetzt.

31. § 58 Abs. 4, 5 und 6 lauten:

„(4) Der Waisenversorgungsgenuss nach den Abs. 2 und 3 ruht, wenn das Kind

- a) Einkünfte bezieht, die zur Bestreitung eines angemessenen Lebensunterhaltes ausreichen,
- b) einem Stift oder Kloster angehört und das Stift oder Kloster für den Lebensunterhalt des Kindes aufkommt,
- c) verheiratet ist und die Einkünfte der Ehegatten zur Bestreitung des angemessenen Lebensunterhaltes ausreichen.

(5) Hinsichtlich der Einkunftsarten sowie des Zeitraumes, für den sie bezogen werden, gelten die Bestimmungen des § 75 Abs. 2 sinngemäß.

(6) Der Waisenversorgungsgenuss, die Versorgungsgenusszulage, der Kinderzurechnungsbetrag, die Kinderzulage und die Ausgleichszulage bilden zusammen den Waisenversorgungsbezug.“

32. § 58 Abs. 7 entfällt.

33. In § 67 Abs. 2 entfällt das Wort „Verwaltungsdienstzulage“.

34. § 67 Abs. 4 lautet:

„(4) Der Ruhe(Versorgungs)genuss der Pensionsparteien, die am 1. Jänner 2006 Anspruch auf einen Ruhe(Versorgungs)genuss haben, wird um 1,25 %, mindestens jedoch um folgenden Betrag erhöht:

|  |          |
|--|----------|
| Ruhegenuss . . . . .                       | € 17,40  |
| Witwen-(Witwer)versorgungsgenuss . . . . . | € 10,44  |
| Waisenversorgungsgenuss                    |          |
| a) für Vollwaise . . . . .                 | € 6,26   |
| b) für Halbwaise . . . . .                 | € 4,18.“ |

35. In § 68 Abs. 5 letzter Satz wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Wortfolge angefügt:

„der Verwendungsgruppe KB: für den Kinderbetreuungsdienst.“

36. § 69 Abs. 1 lautet:

„(1) Das Gehalt wird durch die Dienstklasse und in ihr durch die Gehaltsstufe, in den Dienstklassen I bis III überdies durch die Verwendungsgruppe, in den Verwendungsgruppen K und KB ausschließlich durch Gehaltsstufen bestimmt.“

37. § 69 Abs. 4 und 6 lauten:

„(4) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas I

| in der Dienst-<br>klasse | in der<br>Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |          |          |          |          |
|--------------------------|------------------------|--------------------------|----------|----------|----------|----------|
|                          |                        | 1                        | 2        | 3 P      | 3 A      | 3        |
|                          |                        | Euro                     |          |          |          |          |
| I                        | 1                      | 1.434,05                 | 1.408,75 | 1.383,45 | 1.367,75 | 1.358,15 |
|                          | 2                      | 1.463,45                 | 1.434,05 | 1.406,65 | 1.387,65 | 1.376,05 |
|                          | 3                      | 1.493,95                 | 1.459,25 | 1.428,75 | 1.408,75 | 1.394,05 |
|                          | 4                      | 1.524,55                 | 1.484,55 | 1.451,95 | 1.428,75 | 1.410,85 |
|                          | 5                      | 1.553,95                 | 1.508,65 | 1.474,05 | 1.449,75 | 1.428,75 |
| II                       | 1                      | 1.585,65                 | 1.533,95 | 1.496,05 | 1.469,85 | 1.446,55 |
|                          | 2                      | 1.614,95                 | 1.559,25 | 1.519,25 | 1.490,85 | 1.463,45 |
|                          | 3                      | 1.646,45                 | 1.585,65 | 1.541,35 | 1.510,75 | 1.481,35 |
|                          | 4                      | 1.677,05                 | 1.610,75 | 1.564,55 | 1.530,75 | 1.499,15 |
| III                      | 1                      | 1.707,55                 | 1.636,05 | 1.587,65 | 1.551,85 | 1.517,05 |
|                          | 2                      | 1.739,15                 | 1.661,35 | 1.610,75 | 1.571,75 | 1.533,95 |
|                          | 3                      | 1.771,88                 | 1.687,65 | 1.632,85 | 1.593,85 | 1.551,85 |
|                          | 4                      | 1.806,00                 | 1.712,85 | 1.655,95 | 1.613,95 | 1.569,75 |
|                          | 5                      | 1.841,23                 | 1.739,15 | 1.679,15 | 1.634,95 | 1.587,65 |
|                          | 6                      |                          | 1.765,60 | 1.703,35 | 1.655,95 | 1.605,45 |
|                          | 7                      |                          | 1.794,25 | 1.725,45 | 1.676,05 | 1.623,35 |
|                          | 8                      |                          | 1.849,74 | 1.791,11 | 1.698,15 | 1.641,25 |
|                          | 9                      |                          |          |          | 1.718,05 | 1.659,25 |

(6) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas II

| in der Dienst-<br>klasse | in der<br>Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |          |          |          |
|--------------------------|------------------------|--------------------------|----------|----------|----------|
|                          |                        | D                        | C        | B        | A        |
|                          |                        | Euro                     |          |          |          |
| I                        | 1                      | 1.383,45                 | 1.434,05 |          |          |
|                          | 2                      | 1.406,65                 | 1.463,45 |          |          |
|                          | 3                      | 1.428,75                 | 1.493,95 |          |          |
|                          | 4                      | 1.451,95                 | 1.524,55 |          |          |
|                          | 5                      | 1.474,05                 | 1.553,95 |          |          |
| II                       | 1                      | 1.496,05                 | 1.585,65 | 1.585,65 |          |
|                          | 2                      | 1.519,25                 | 1.614,95 | 1.623,35 |          |
|                          | 3                      | 1.541,35                 | 1.646,45 | 1.661,35 |          |
|                          | 4                      | 1.564,55                 | 1.677,05 | 1.700,15 |          |
| III                      | 1                      | 1.587,65                 | 1.707,55 | 1.739,15 | 1.936,00 |
|                          | 2                      | 1.610,75                 | 1.739,15 | 1.779,37 |          |
|                          | 3                      | 1.632,85                 | 1.771,88 | 1.823,11 |          |
|                          | 4                      | 1.655,95                 |          |          |          |
|                          | 5                      | 1.679,15                 |          |          |          |
|                          | 6                      | 1.703,35                 |          |          |          |
|                          | 7                      | 1.725,45                 |          |          |          |
|                          | 8                      | 1.791,11                 |          |          |          |

| in der<br>Gehaltsstufe | in der Dienstklasse |          |          |          |          |          |
|------------------------|---------------------|----------|----------|----------|----------|----------|
|                        | IV                  | V        | VI       | VII      | VIII     | IX       |
|                        | Euro                |          |          |          |          |          |
| 1                      |                     |          | 2.700,54 | 3.264,91 | 4.382,10 | 6.212,40 |
| 2                      |                     | 2.301,82 | 2.774,35 | 3.368,39 | 4.610,01 | 6.556,44 |
| 3                      | 1.859,25            | 2.379,78 | 2.851,40 | 3.471,76 | 4.837,83 | 6.900,29 |
| 4                      | 1.931,75            | 2.457,95 | 2.954,78 | 3.700,69 | 5.181,87 | 7.244,24 |
| 5                      | 2.005,26            | 2.534,90 | 3.058,16 | 3.927,49 | 5.524,71 | 7.588,18 |
| 6                      | 2.078,06            | 2.613,97 | 3.161,53 | 4.155,40 | 5.868,55 | 7.931,01 |
| 7                      | 2.150,96            | 2.693,15 | 3.264,91 | 4.382,10 | 6.212,40 |          |
| 8                      | 2.224,77            | 2.773,34 | 3.368,39 | 4.610,01 | 6.556,44 |          |
| 9                      | 2.301,82            | 2.851,40 | 3.471,76 | 4.837,83 |          |          |

| in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe K |
|---------------------|----------------------------|
|                     | Euro                       |
| 1                   | 1.589,75                   |
| 2                   | 1.627,65                   |
| 3                   | 1.666,55                   |
| 4                   | 1.704,45                   |
| 5                   | 1.743,45                   |
| 6                   | 1.782,51                   |
| 7                   | 1.863,61                   |
| 8                   | 1.943,49                   |
| 9                   | 2.024,39                   |
| 10                  | 2.104,48                   |
| 11                  | 2.184,67                   |
| 12                  | 2.268,10                   |
| 13                  | 2.347,18                   |
| 14                  | 2.453,69                   |
| 15                  | 2.562,33                   |
| 16                  | 2.670,98                   |
| 17                  | 2.779,62                   |
| 18                  | 2.888,26                   |
| 19                  | 2.996,90                   |
| 20                  | 3.105,74                   |



| in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe KB |
|---------------------|-----------------------------|
|                     | Euro                        |
| 1                   | 1.405,85                    |
| 2                   | 1.425,85                    |
| 3                   | 1.446,85                    |
| 4                   | 1.466,95                    |
| 5                   | 1.507,95                    |
| 6                   | 1.529,05                    |
| 7                   | 1.548,85                    |
| 8                   | 1.590,05                    |
| 9                   | 1.609,95                    |
| 10                  | 1.632,05                    |
| 11                  | 1.652,15                    |
| 12                  | 1.673,05                    |
| 13                  | 1.694,15                    |
| 14                  | 1.714,25                    |
| 15                  | 1.736,35                    |
| 16                  | 1.756,25"                   |

38. In § 73 Abs. 2 wird die Wortfolge „B, C, D, E, K und 1–3“ durch die Wortfolge „B, C, D, E, K, KB und 1–3“ ersetzt.

39. In § 74 Abs. 1 Z. 2 wird die Wortfolge „in den Verwendungsgruppen 1–3, C, D und E“ durch die Wortfolge „in den Verwendungsgruppen 1–3, C, D, E und KB“ ersetzt.

40. § 74 Abs. 2 lautet:

„(2) Der Gemeinderat kann durch Verordnung verfügen, dass den Beamten Dienstzulagen zukommen. Dienstzulagen sind der Höhe nach unter Berücksichtigung der Vorbildung, der Besonderheit der Verwendung bzw. der Beanspruchung des Beamten festzusetzen und können für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbar erklärt werden. Im Falle einer Verwendungsänderung kann der Gemeinderat durch Verordnung unter Festlegung einer drei Jahre nicht unterschreitenden Zeitdauer des ununterbrochenen Bezuges den Verbleib von Dienstzulagen verfügen.“

41. § 74 Abs. 3 entfällt.

42. Dem § 74 b Abs. 5 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Im Falle einer Verwendungsänderung kann der Gemeinderat unter Festlegung einer drei Jahre nicht unterschreitenden Zeitdauer des ununterbrochenen Bezuges den Verbleib von Verwendungszulagen durch Verordnung verfügen.“

43. In § 77 Abs. 6 erster Satz wird die Wortfolge „am ersten November“ durch die Wortfolge „am ersten Dezember“ ersetzt.

44. § 142 Abs. 2 und 3 lauten:

„(2) Abweichend von Abs. 1 ist die Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsbezüge sowie der zu den Ruhe- und Versorgungsgenüssen gebührenden Nebengebühreuzulagen für das Kalenderjahr 2005 so vorzunehmen, dass an Stelle der Vervielfachung mit dem Anpassungsfaktor wie folgt zu erhöhen ist:

1. Die Erhöhung jener Ruhe- und Versorgungsbezüge, die die Höhe der Medianpension nicht überschreiten, ist auf Grund der Erhöhung der Verbraucherpreise nach § 299 a Abs. 2 ASVG, BGBl. Nr. 189/1955 in der Fassung BGBl. I Nr. 71/2003 vorzunehmen.
2. Alle übrigen Ruhe- und Versorgungsbezüge sind mit einem Fixbetrag zu erhöhen, der der Erhöhung der Medianpension nach Z. 1 entspricht.

Medianpension im Sinne der Z. 1 und 2 ist die Medianpension nach dem ASVG des Monats Jänner des dem jeweiligen Anpassungsjahr vorangegangenen Kalenderjahres.

(3) Die Erhöhung der Verbraucherpreise gemäß Abs. 2 Z. 1 für die Kalendermonate August 2003 bis Juli 2004 beträgt 1,5 %. Die Medianpension gemäß Abs. 2 Z. 2 für den Kalendermonat Jänner 2004 wird mit € 686,70 festgesetzt.“

45. Der bisherige § 145 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“.

46. Dem Abs. 1 werden folgende Abs. 2 bis 10 angefügt:

„(2) Die Änderung des § 16 Abs. 1 lit. a, des § 16 Abs. 9 zweiter Satz, des § 16 a Abs. 4 Z. 2, des § 17 Abs. 2, der Überschriften der §§ 17 c und 17 d, des § 29 Abs. 2 letzter Satz, des § 29 Abs. 4 Z. 1, des § 31 a Abs. 1 bis 5, des § 37 Abs. 2 erster Satz, des § 39 Abs. 8, des § 52 Abs. 8, des § 71 Abs. 2 lit. b, des § 74 Abs. 2, der Überschrift des § 147, die Anfügung des § 12 Abs. 3, des § 17 Abs. 3 bis 5, des § 17 b Abs. 6, des § 17 f, des § 74 b Abs. 6, die Einfügung des § 39 Abs. 6 b, des § 41 d und der Entfall des 31 Abs. 6 dritter Satz, des § 31 m Abs. 3, des § 36, des § 39 Abs. 6 zweiter Satz und des § 74 Abs. 3 treten mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der 1. November 2005, in Kraft.

(3) Die Änderung des § 16 Abs. 7 dritter Satz tritt mit 1. Jänner 1996 in Kraft.

(4) Die Änderung des § 37 Abs. 2 tritt mit 1. Oktober 2001 in Kraft.

(5) Die Änderung des § 41 Abs. 2 sowie der Entfall des § 41 b Abs. 2 treten mit 1. März 2003 in Kraft.

(6) Die Änderung des § 49 c Abs. 8, des § 52 Abs. 6, der §§ 55 bis 55 c, des § 55 d Abs. 2, des § 55 e Abs. 1, des § 58 Abs. 4 bis 6, des § 142 Abs. 2 und 3 sowie der Entfall des § 58 Abs. 7 treten mit 1. Jänner 2005 in Kraft.

(7) Die Änderung des § 68 Abs. 5 letzter Satz, des § 69 Abs. 1, des § 73 Abs. 2 und des § 74 Abs. 1 Z. 2 tritt mit 1. April 2005 in Kraft.

(8) Die Änderung des § 31 Abs. 8 tritt mit 1. Juli 2005 in Kraft.

(9) Die Änderung des § 67 Abs. 4, des § 69 Abs. 4 und 6 und des § 77 Abs. 6 erster Satz tritt mit 1. Jänner 2006 in Kraft.“

(10) Die Übergangsbestimmungen zur Novelle LGBL Nr. 97/2005 treten wie folgt in Kraft:

1. § 148 Abs. 6 mit 1. Juli 2001;
2. § 148 Abs. 7 und 8 mit 1. Jänner 2003;
3. § 148 Abs. 9 mit 1. Juli 2003;
4. § 148 Abs. 10 bis 12 mit 1. Jänner 2004;
5. § 148 Abs. 2 bis 5 und 13 mit 1. April 2005;
6. § 148 Abs. 1 und 14 mit 1. August 2005.“

47. Die Überschrift zu § 147 lautet:

**„Übergangsbestimmungen zur Novelle  
LGBL Nr. 1/2003“**

48. Dem § 147 wird folgender § 148 angefügt:

„§ 148

**Übergangsbestimmungen zur Novelle**

**LGBL. Nr. 97/2005**

(1) Für die Zeit bis zum 31. Dezember 2005 wird im § 67 Abs. 4 die Wortfolge ‚20 v. H.‘ durch die Wortfolge ‚17,5 v. H.‘ und die Wortfolge ‚Euro 324,30‘ durch die Wortfolge ‚Euro 304,50‘ ersetzt.

(2) Beamte der Verwendungsgruppen 3 und 3 A, die am 31. März 2005 der Beamtengruppe ‚KinderbetreuerIn‘ bzw. ‚KinderbetreuerIn nach dreijähriger Verwendung in Verwendungsgruppe 3‘ angehören und am 1. April 2005 noch Beamte des Aktivstandes sind, werden – sofern sie als KinderbetreuerIn in Verwendung stehen – mit 1. April 2005 Beamte der Verwendungsgruppe KB.

(3) Ausgehend von der bisherigen Einreihung in Verwendungsgruppe 3 bzw. 3 A werden nunmehrige Beamte der Verwendungsgruppe KB in folgende Gehaltsstufen eingereiht:

| Verwendungsgruppe<br>3 und 3 A/<br>Dienstklasse<br>Gehaltsstufe | Verwendungsgruppe KB<br><br>Gehaltsstufe |
|---|--|
| I/1   | 1  |
| I/2   | 2  |
| I/3   | 3  |
| I/4   | 4  |
| I/5   | 5  |
| II/1  | 5  |
| II/2  | 6  |
| II/3  | 7  |
| II/4  | 8  |
| III/1   | 8  |
| III/2   | 9  |
| III/3   | 10                                       |
| III/4   | 11                                       |
| III/5   | 12                                       |
| III/6   | 13                                       |
| III/7   | 14                                       |
| III/8   | 15                                       |
| III/9   | 16                                       |

(4) Der Termin für die nächste Vorrückung ändert sich nicht, mit folgenden Ausnahmen :

- a) Bei einer Überleitung aus der Verwendungsgruppe 3 oder 3 A, Dienstklasse I, Gehaltsstufe 5 in die Verwendungsgruppe KB, Gehaltsstufe 5 wird dem Stichtag für die nächste Vorrückung ein Jahr hinzugerechnet, sofern die in der Gehaltsstufe 5 zugebrachte Zeit fünf Monate übersteigt.
- b) Bei einer Überleitung aus der Verwendungsgruppe 3 oder 3 A, Dienstklasse II, Gehaltsstufe 4 in die Verwendungsgruppe KB, Gehaltsstufe 8 wird dem Stichtag für die nächste Vorrückung ein Jahr hinzugerechnet, sofern die in der Gehaltsstufe 4 zugebrachte Zeit fünf Monate übersteigt.

(5) Bei einer Überleitung aus der Verwendungsgruppe 3 oder 3 A, Dienstklasse III, Gehaltsstufe 9 in die Verwendungsgruppe KB, Gehaltsstufe 16 wird die bisher in der Gehaltsstufe 9 der Dienstklasse III zugebrachte Zeit für die Zuerkennung der Dienstalterszulage gemäß § 74 Abs. 1 Z. 2 angerechnet.

(6) Für die Zeit vom 1. Juli 2001 bis zum 31. Dezember 2004 wird im § 52 Abs. 6 die Wortfolge ‚Kürzungen, die sich auf Grund der Herabsetzung der Wochendienstzeit gemäß § 17 a oder § 17 b ergeben‘ durch die Wortfolge ‚Kürzungen, die sich auf Grund der Herabsetzung der Wochendienstzeit gemäß § 17 a oder § 17 b sowie bei Inanspruchnahme des Freijahres ergeben‘ ersetzt.

(7) Für die Zeit vom 1. Jänner 2003 bis 31. Dezember 2003 lautet § 142 Abs. 2 bis 4:

„(2) Der Anpassungsfaktor für das Kalenderjahr 2003 beträgt 1,005.

(3) Personen, die im Dezember 2002 Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsbezug nach diesem Gesetz haben, gebührt im Jahr 2003 als Wertausgleich eine Einmalzahlung. Diese beträgt für Personen mit einem Gesamtpensionseinkommen von nicht mehr als € 26.600,- 1,5 % des Gesamtpensionseinkommens. Für Personen mit einem höheren Gesamtpensionseinkommen als € 26.600,- gebührt die Einmalzahlung im Ausmaß der Differenz von € 532,- und der Erhöhung des Gesamtpensionseinkommens aus der Anpassung mit dem Anpassungsfaktor. Die Einmalzahlung ist in 14 Teilbeträgen zusammen mit dem laufenden Ruhe- und Versorgungsbezug auszusahlen.

(4) Als Gesamtpensionseinkommen im Sinne des Abs. 3 gilt das Vierzehnfache des Ruhe- und Versorgungsbezuges – mit Ausnahme der Kinderzulage und der Ausgleichszulage –, auf den im Dezember 2002 Anspruch besteht.“

(8) Für die Zeit vom 1. Jänner 2003 bis 30. Juni 2003 lautet § 69 Abs. 4 und 6:

„(4) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas I

| in der Dienstklasse | in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |      |      |      |       |       |
|---------------------|---------------------|--------------------------|------|------|------|-------|-------|
|                     |                     | 1                        | 2    | 3 P  | 3 A  | 3     | 4     |
|                     |                     | Euro                     |      |      |      |       |       |
| I                   | 1                   | 1342                     | 1318 | 1294 | 1279 | 1.270 | 1.247 |
|                     | 2                   | 1370                     | 1342 | 1316 | 1298 | 1.287 | 1.260 |
|                     | 3                   | 1399                     | 1366 | 1337 | 1318 | 1.304 | 1.273 |
|                     | 4                   | 1428                     | 1390 | 1359 | 1337 | 1.320 | 1.286 |
|                     | 5                   | 1456                     | 1413 | 1380 | 1357 | 1.337 | 1.299 |
| II                  | 1                   | 1486                     | 1437 | 1401 | 1376 | 1.354 | 1.312 |
|                     | 2                   | 1514                     | 1461 | 1423 | 1396 | 1.370 | 1.325 |
|                     | 3                   | 1544                     | 1486 | 1444 | 1415 | 1.387 | 1.338 |
|                     | 4                   | 1573                     | 1510 | 1466 | 1434 | 1.404 | 1.351 |
| III                 | 1                   | 1602                     | 1534 | 1488 | 1454 | 1.421 | 1.365 |
|                     | 2                   | 1632                     | 1558 | 1510 | 1473 | 1.437 | 1.378 |
|                     | 3                   | 1663                     | 1583 | 1531 | 1494 | 1.454 | 1.391 |
|                     | 4                   | 1695                     | 1607 | 1553 | 1513 | 1.471 | 1.404 |
|                     | 5                   | 1728                     | 1632 | 1575 | 1533 | 1.488 | 1.417 |
|                     | 6                   |                          | 1657 | 1598 | 1553 | 1.505 | 1.430 |
|                     | 7                   |                          | 1684 | 1619 | 1572 | 1.522 | 1.443 |
|                     | 8                   |                          | 1736 | 1681 | 1593 | 1.539 | 1.456 |
|                     | 9                   |                          |      |      | 1612 | 1.556 | 1.470 |

## (6) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas II

| in der Dienst-<br>klasse | in der<br>Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |       |       |       |
|--------------------------|------------------------|--------------------------|-------|-------|-------|
|                          |                        | D                        | C     | B     | A     |
|                          |                        | Euro                     |       |       |       |
| I                        | 1                      | 1.294                    | 1.342 |       |       |
|                          | 2                      | 1.316                    | 1.370 |       |       |
|                          | 3                      | 1.337                    | 1.399 |       |       |
|                          | 4                      | 1.359                    | 1.428 |       |       |
|                          | 5                      | 1.380                    | 1.456 |       |       |
| II                       | 1                      | 1.401                    | 1.486 | 1.486 |       |
|                          | 2                      | 1.423                    | 1.514 | 1.522 |       |
|                          | 3                      | 1.444                    | 1.544 | 1.558 |       |
|                          | 4                      | 1.466                    | 1.573 | 1.595 |       |
| III                      | 1                      | 1.488                    | 1.602 | 1.632 | 1.817 |
|                          | 2                      | 1.510                    | 1.632 | 1.670 |       |
|                          | 3                      | 1.531                    | 1.663 | 1.711 |       |
|                          | 4                      | 1.553                    |       |       |       |
|                          | 5                      | 1.575                    |       |       |       |
|                          | 6                      | 1.598                    |       |       |       |
|                          | 7                      | 1.619                    |       |       |       |
|                          | 8                      | 1.681                    |       |       |       |
|                          | 9                      |                          |       |       |       |

| in der<br>Gehaltsstufe | in der Dienstklasse |       |       |       |       |       |
|------------------------|---------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
|                        | IV                  | V     | VI    | VII   | VIII  | IX    |
|                        | Euro                |       |       |       |       |       |
| 1                      |                     |       | 2.541 | 3.076 | 4.135 | 5.870 |
| 2                      |                     | 2.163 | 2.611 | 3.174 | 4.351 | 6.196 |
| 3                      | 1.745               | 2.237 | 2.684 | 3.272 | 4.567 | 6.522 |
| 4                      | 1.813               | 2.311 | 2.782 | 3.489 | 4.893 | 6.848 |
| 5                      | 1.882               | 2.384 | 2.880 | 3.704 | 5.218 | 7.174 |
| 6                      | 1.951               | 2.459 | 2.978 | 3.920 | 5.544 | 7.499 |
| 7                      | 2.020               | 2.534 | 3.076 | 4.135 | 5.870 |       |
| 8                      | 2.090               | 2.610 | 3.174 | 4.351 | 6.196 |       |
| 9                      | 2.163               | 2.684 | 3.272 | 4.567 |       |       |

| in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe K |  |
|---------------------|----------------------------|--|
|                     | Euro                       |  |
| 1                   | 1.490                      |  |
| 2                   | 1.526                      |  |
| 3                   | 1.563                      |  |
| 4                   | 1.599                      |  |
| 5                   | 1.636                      |  |
| 6                   | 1.673                      |  |
| 7                   | 1.749                      |  |
| 8                   | 1.824                      |  |
| 9                   | 1.900                      |  |
| 10                  | 1.976                      |  |
| 11                  | 2.052                      |  |
| 12                  | 2.131                      |  |
| 13                  | 2.206                      |  |
| 14                  | 2.307                      |  |
| 15                  | 2.410                      |  |
| 16                  | 2.513                      |  |
| 17                  | 2.616                      |  |
| 18                  | 2.719                      |  |
| 19                  | 2.822                      |  |
| 20                  | 2.925."                    |  |

(9) Für die Zeit vom 1. Juli 2003 bis 31. Dezember 2003 lautet § 69 Abs. 4 und 6:

„(4) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas I

| in der Dienst-<br>klasse | in der<br>Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |         |         |         |         |
|--------------------------|------------------------|--------------------------|---------|---------|---------|---------|
|                          |                        | 1                        | 2       | 3 P     | 3 A     | 3       |
|                          |                        | Euro                     |         |         |         |         |
| I                        | 1                      | 1.355,4                  | 1.331,2 | 1.306,9 | 1.291,8 | 1.282,7 |
|                          | 2                      | 1.383,7                  | 1.355,4 | 1.329,2 | 1.311,0 | 1.299,9 |
|                          | 3                      | 1.413,0                  | 1.379,7 | 1.350,4 | 1.331,2 | 1.317,0 |
|                          | 4                      | 1.442,3                  | 1.403,9 | 1.372,6 | 1.350,4 | 1.333,2 |
|                          | 5                      | 1.470,6                  | 1.427,1 | 1.393,8 | 1.370,6 | 1.350,4 |
| II                       | 1                      | 1.500,9                  | 1.451,4 | 1.415,0 | 1.389,8 | 1.367,5 |
|                          | 2                      | 1.529,1                  | 1.475,6 | 1.437,2 | 1.410,0 | 1.383,7 |
|                          | 3                      | 1.559,4                  | 1.500,9 | 1.458,4 | 1.429,1 | 1.400,9 |
|                          | 4                      | 1.588,7                  | 1.525,1 | 1.480,7 | 1.448,3 | 1.418,0 |
| III                      | 1                      | 1.618,0                  | 1.549,3 | 1.502,9 | 1.468,5 | 1.435,2 |
|                          | 2                      | 1.648,3                  | 1.573,6 | 1.525,1 | 1.487,7 | 1.451,4 |
|                          | 3                      | 1.679,6                  | 1.598,8 | 1.546,3 | 1.508,9 | 1.468,5 |
|                          | 4                      | 1.711,9                  | 1.623,1 | 1.568,5 | 1.528,1 | 1.485,7 |
|                          | 5                      | 1.745,3                  | 1.648,3 | 1.590,7 | 1.548,3 | 1.502,9 |
|                          | 6                      |                          | 1.673,6 | 1.614,0 | 1.568,5 | 1.520,0 |
|                          | 7                      |                          | 1.700,8 | 1.635,2 | 1.587,7 | 1.537,2 |
|                          | 8                      |                          | 1.753,4 | 1.697,8 | 1.608,9 | 1.554,4 |
|                          | 9                      |                          |         |         | 1.628,1 | 1.571,6 |

## (6) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas II

| in der Dienst-<br>klasse | in der<br>Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |         |         |         |
|--------------------------|------------------------|--------------------------|---------|---------|---------|
|                          |                        | D                        | C       | B       | A       |
|                          |                        | Euro                     |         |         |         |
| I                        | 1                      | 1.306,9                  | 1.355,4 |         |         |
|                          | 2                      | 1.329,2                  | 1.383,7 |         |         |
|                          | 3                      | 1.350,4                  | 1.413,0 |         |         |
|                          | 4                      | 1.372,6                  | 1.442,3 |         |         |
|                          | 5                      | 1.393,8                  | 1.470,6 |         |         |
| II                       | 1                      | 1.415,0                  | 1.500,9 | 1.500,9 |         |
|                          | 2                      | 1.437,2                  | 1.529,1 | 1.537,2 |         |
|                          | 3                      | 1.458,4                  | 1.559,4 | 1.573,6 |         |
|                          | 4                      | 1.480,7                  | 1.588,7 | 1.610,9 |         |
| III                      | 1                      | 1.502,9                  | 1.618,0 | 1.648,3 | 1.835,2 |
|                          | 2                      | 1.525,1                  | 1.648,3 | 1.686,7 |         |
|                          | 3                      | 1.546,3                  | 1.679,6 | 1.728,1 |         |
|                          | 4                      | 1.568,5                  |         |         |         |
|                          | 5                      | 1.590,7                  |         |         |         |
|                          | 6                      | 1.614,0                  |         |         |         |
|                          | 7                      | 1.635,2                  |         |         |         |
|                          | 8                      | 1.697,8                  |         |         |         |
|                          | 9                      |                          |         |         |         |

| in der<br>Gehaltsstufe | in der Dienstklasse |         |         |         |         |         |
|------------------------|---------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
|                        | IV                  | V       | VI      | VII     | VIII    | IX      |
|                        | Euro                |         |         |         |         |         |
| 1                      |                     |         | 2.559,9 | 3.094,9 | 4.153,9 | 5.888,9 |
| 2                      |                     | 2.181,9 | 2.629,9 | 3.192,9 | 4.369,9 | 6.214,9 |
| 3                      | 1.762,4             | 2.255,9 | 2.702,9 | 3.290,9 | 4.585,9 | 6.540,9 |
| 4                      | 1.831,1             | 2.329,9 | 2.800,9 | 3.507,9 | 4.911,9 | 6.866,9 |
| 5                      | 1.900,8             | 2.402,9 | 2.898,9 | 3.722,9 | 5.236,9 | 7.192,9 |
| 6                      | 1.969,9             | 2.477,9 | 2.996,9 | 3.938,9 | 5.562,9 | 7.517,9 |
| 7                      | 2.038,9             | 2.552,9 | 3.094,9 | 4.153,9 | 5.888,9 |         |
| 8                      | 2.108,9             | 2.628,9 | 3.192,9 | 4.369,9 | 6.214,9 |         |
| 9                      | 2.181,9             | 2.702,9 | 3.290,9 | 4.585,9 |         |         |

| in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe K |  |
|---------------------|----------------------------|--|
|                     | Euro                       |  |
| 1                   | 1.504,9                    |  |
| 2                   | 1.541,3                    |  |
| 3                   | 1.578,6                    |  |
| 4                   | 1.615,0                    |  |
| 5                   | 1.652,4                    |  |
| 6                   | 1.689,7                    |  |
| 7                   | 1.766,5                    |  |
| 8                   | 1.842,2                    |  |
| 9                   | 1.918,9                    |  |
| 10                  | 1.994,9                    |  |
| 11                  | 2.070,9                    |  |
| 12                  | 2.149,9                    |  |
| 13                  | 2.224,9                    |  |
| 14                  | 2.325,9                    |  |
| 15                  | 2.428,9                    |  |
| 16                  | 2.531,9                    |  |
| 17                  | 2.634,9                    |  |
| 18                  | 2.737,9                    |  |
| 19                  | 2.840,9                    |  |
| 20                  | 2.943,9."                  |  |

(10) Für die Zeit vom 1. Jänner 2004 bis 31. Juli 2005 lautet § 69 Abs. 4 und 6:

„(4) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas I

| in der Dienst-<br>klasse | in der<br>Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |          |          |          |          |
|--------------------------|------------------------|--------------------------|----------|----------|----------|----------|
|                          |                        | 1                        | 2        | 3 P      | 3 A      | 3        |
|                          |                        | Euro                     |          |          |          |          |
| I                        | 1                      | 1.380,50                 | 1.355,80 | 1.331,10 | 1.315,70 | 1.306,40 |
|                          | 2                      | 1.409,30                 | 1.380,50 | 1.353,80 | 1.335,20 | 1.323,90 |
|                          | 3                      | 1.439,10                 | 1.405,20 | 1.375,40 | 1.355,80 | 1.341,40 |
|                          | 4                      | 1.469,00                 | 1.429,90 | 1.398,00 | 1.375,40 | 1.357,90 |
|                          | 5                      | 1.497,80                 | 1.453,50 | 1.419,60 | 1.395,90 | 1.375,40 |
| II                       | 1                      | 1.528,70                 | 1.478,20 | 1.441,20 | 1.415,50 | 1.392,80 |
|                          | 2                      | 1.557,40                 | 1.502,90 | 1.463,80 | 1.436,10 | 1.409,30 |
|                          | 3                      | 1.588,20                 | 1.528,70 | 1.485,40 | 1.455,50 | 1.426,80 |
|                          | 4                      | 1.618,10                 | 1.553,30 | 1.508,10 | 1.475,10 | 1.444,20 |
| III                      | 1                      | 1.647,90                 | 1.578,00 | 1.530,70 | 1.495,70 | 1.461,70 |
|                          | 2                      | 1.678,80                 | 1.602,70 | 1.553,30 | 1.515,20 | 1.478,20 |
|                          | 3                      | 1.710,70                 | 1.628,40 | 1.574,90 | 1.536,80 | 1.495,70 |
|                          | 4                      | 1.743,60                 | 1.653,10 | 1.597,50 | 1.556,40 | 1.513,20 |
|                          | 5                      | 1.777,60                 | 1.678,80 | 1.620,10 | 1.576,90 | 1.530,70 |
|                          | 6                      |                          | 1.704,60 | 1.643,80 | 1.597,50 | 1.548,10 |
|                          | 7                      |                          | 1.732,30 | 1.665,40 | 1.617,10 | 1.565,60 |
|                          | 8                      |                          | 1.785,80 | 1.729,20 | 1.638,70 | 1.583,10 |
|                          | 9                      |                          |          |          | 1.658,20 | 1.600,70 |



## (6) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas II

| in der Dienst-<br>klasse | in der<br>Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |          |          |          |
|--------------------------|------------------------|--------------------------|----------|----------|----------|
|                          |                        | D                        | C        | B        | A        |
|                          |                        | Euro                     |          |          |          |
| I                        | 1                      | 1.331,10                 | 1.380,50 |          |          |
|                          | 2                      | 1.353,80                 | 1.409,30 |          |          |
|                          | 3                      | 1.375,40                 | 1.439,10 |          |          |
|                          | 4                      | 1.398,00                 | 1.469,00 |          |          |
|                          | 5                      | 1.419,60                 | 1.497,80 |          |          |
| II                       | 1                      | 1.441,20                 | 1.528,70 | 1.528,70 |          |
|                          | 2                      | 1.463,80                 | 1.557,40 | 1.565,60 |          |
|                          | 3                      | 1.485,40                 | 1.588,20 | 1.602,70 |          |
|                          | 4                      | 1.508,10                 | 1.618,10 | 1.640,70 |          |
| III                      | 1                      | 1.530,70                 | 1.647,90 | 1.678,80 | 1.869,10 |
|                          | 2                      | 1.553,30                 | 1.678,80 | 1.717,90 |          |
|                          | 3                      | 1.574,90                 | 1.710,70 | 1.760,10 |          |
|                          | 4                      | 1.597,50                 |          |          |          |
|                          | 5                      | 1.620,10                 |          |          |          |
|                          | 6                      | 1.643,80                 |          |          |          |
|                          | 7                      | 1.665,40                 |          |          |          |
|                          | 8                      | 1.729,20                 |          |          |          |
|                          | 9                      |                          |          |          |          |

| in der<br>Gehaltsstufe | in der Dienstklasse |          |          |          |          |          |
|------------------------|---------------------|----------|----------|----------|----------|----------|
|                        | IV                  | V        | VI       | VII      | VIII     | IX       |
|                        | Euro                |          |          |          |          |          |
| 1                      |                     |          | 2.607,20 | 3.152,10 | 4.230,70 | 5.997,80 |
| 2                      |                     | 2.222,30 | 2.678,50 | 3.252,00 | 4.450,70 | 6.329,90 |
| 3                      | 1.795,00            | 2.297,60 | 2.752,90 | 3.351,80 | 4.670,70 | 6.661,90 |
| 4                      | 1.865,00            | 2.373,00 | 2.852,70 | 3.572,80 | 5.002,80 | 6.993,90 |
| 5                      | 1.936,00            | 2.447,30 | 2.952,50 | 3.791,80 | 5.333,80 | 7.326,00 |
| 6                      | 2.006,30            | 2.523,70 | 3.052,30 | 4.011,80 | 5.665,80 | 7.657,00 |
| 7                      | 2.076,60            | 2.600,10 | 3.152,10 | 4.230,70 | 5.997,80 |          |
| 8                      | 2.147,90            | 2.677,50 | 3.252,00 | 4.450,70 | 6.329,90 |          |
| 9                      | 2.222,30            | 2.752,90 | 3.351,80 | 4.670,70 |          |          |

| in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe K |
|---------------------|----------------------------|
|                     | Euro                       |
| 1                   | 1.532,70                   |
| 2                   | 1.569,80                   |
| 3                   | 1.607,80                   |
| 4                   | 1.644,90                   |
| 5                   | 1.683,00                   |
| 6                   | 1.720,90                   |
| 7                   | 1.799,20                   |
| 8                   | 1.876,30                   |
| 9                   | 1.954,40                   |
| 10                  | 2.031,80                   |
| 11                  | 2.109,20                   |
| 12                  | 2.189,70                   |
| 13                  | 2.266,10                   |
| 14                  | 2.368,90                   |
| 15                  | 2.473,80                   |
| 16                  | 2.578,70                   |
| 17                  | 2.683,60                   |
| 18                  | 2.788,50                   |
| 19                  | 2.893,40                   |
| 20                  | 2.998,40."                 |

(11) Für die Zeit vom 1. Jänner 2004 bis 31. Dezember 2004 lautet § 142 Abs. 2 und 3:

„(2) Abweichend von Abs. 1 ist die Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsbezüge sowie der zu den Ruhe- und Versorgungsgenüssen gebührenden Nebengebühreuzulagen für das Kalenderjahr 2004 so vorzunehmen, dass an Stelle der Vervielfachung mit dem Anpassungsfaktor wie folgt zu erhöhen ist:

1. Die Erhöhung jener Ruhe- und Versorgungsbezüge, die die Höhe der Medianpension nicht überschreiten, ist auf Grund der Erhöhung der Verbraucherpreise nach § 299 a Abs. 2 ASVG, BGBl. Nr. 189/1955 in der Fassung BGBl. I Nr. 71/2003 vorzunehmen.
2. Alle übrigen Ruhe- und Versorgungsbezüge sind mit einem Fixbetrag zu erhöhen, der der Erhöhung der Medianpension nach Z. 1 entspricht.

Medianpension im Sinne der Z. 1 und 2 ist die Medianpension nach dem ASVG des Monats Jänner des dem jeweiligen Anpassungsjahr vorangegangenen Kalenderjahres.

(3) Die Erhöhung der Verbraucherpreise gemäß Abs. 2 Z. 1 für die Kalendermonate August 2002 bis Juli 2003 beträgt 1,5 %. Die Medianpension gemäß Abs. 2 Z. 2 für den Kalendermonat Jänner 2003 wird mit € 667,80 festgesetzt.“

(12) § 142 Abs. 4 entfällt.

(13) Für die Zeit vom 1. April bis 31. Juli 2005 wird § 69 Abs. 6 folgende Tabelle angefügt:

| in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe KB |
|---------------------|-----------------------------|
|                     | Euro                        |
| 1                   | 1.353,00                    |
| 2                   | 1.372,50                    |
| 3                   | 1.393,10                    |
| 4                   | 1.412,70                    |
| 5                   | 1.452,80                    |
| 6                   | 1.473,40                    |
| 7                   | 1.492,80                    |
| 8                   | 1.533,00                    |
| 9                   | 1.552,50                    |
| 10                  | 1.574,10                    |
| 11                  | 1.593,70                    |
| 12                  | 1.614,20                    |
| 13                  | 1.634,80                    |
| 14                  | 1.654,40                    |
| 15                  | 1.676,00                    |
| 16                  | 1.695,50                    |

(14) Für die Zeit vom 1. August 2005 bis 31. Dezember 2005 lautet § 69 Abs. 4 und 6:

„(4) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas I:

| in der Dienst-<br>klasse | in der<br>Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |          |          |          |          |
|--------------------------|------------------------|--------------------------|----------|----------|----------|----------|
|                          |                        | 1                        | 2        | 3 P      | 3 A      | 3        |
|                          |                        | Euro                     |          |          |          |          |
| I                        | 1                      | 1.412,30                 | 1.387,00 | 1.361,70 | 1.346,00 | 1.336,40 |
|                          | 2                      | 1.441,70                 | 1.412,30 | 1.384,90 | 1.365,90 | 1.354,30 |
|                          | 3                      | 1.472,20                 | 1.437,50 | 1.407,00 | 1.387,00 | 1.372,30 |
|                          | 4                      | 1.502,80                 | 1.462,80 | 1.430,20 | 1.407,00 | 1.389,10 |
|                          | 5                      | 1.532,20                 | 1.486,90 | 1.452,30 | 1.428,00 | 1.407,00 |
| II                       | 1                      | 1.563,90                 | 1.512,20 | 1.474,30 | 1.448,10 | 1.424,80 |
|                          | 2                      | 1.593,20                 | 1.537,50 | 1.497,50 | 1.469,10 | 1.441,70 |
|                          | 3                      | 1.624,70                 | 1.563,90 | 1.519,60 | 1.489,00 | 1.459,60 |
|                          | 4                      | 1.655,30                 | 1.589,00 | 1.542,80 | 1.509,00 | 1.477,40 |
| III                      | 1                      | 1.685,80                 | 1.614,30 | 1.565,90 | 1.530,10 | 1.495,30 |
|                          | 2                      | 1.717,40                 | 1.639,60 | 1.589,00 | 1.550,00 | 1.512,20 |
|                          | 3                      | 1.750,00                 | 1.665,90 | 1.611,10 | 1.572,10 | 1.530,10 |
|                          | 4                      | 1.783,70                 | 1.691,10 | 1.634,20 | 1.592,20 | 1.548,00 |
|                          | 5                      | 1.818,50                 | 1.717,40 | 1.657,40 | 1.613,20 | 1.565,90 |
|                          | 6                      |                          | 1.743,80 | 1.681,60 | 1.634,20 | 1.583,70 |
|                          | 7                      |                          | 1.772,10 | 1.703,70 | 1.654,30 | 1.601,60 |
|                          | 8                      |                          | 1.826,90 | 1.769,00 | 1.676,40 | 1.619,50 |
|                          | 9                      |                          |          |          | 1.696,30 | 1.637,50 |

## (6) Das Gehalt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas II:

| in der Dienst-<br>klasse | in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe |          |          |          |
|--------------------------|---------------------|--------------------------|----------|----------|----------|
|                          |                     | D                        | C        | B        | A        |
|                          |                     | Euro                     |          |          |          |
| I                        | 1                   | 1.361,70                 | 1.412,30 |          |          |
|                          | 2                   | 1.384,90                 | 1.441,70 |          |          |
|                          | 3                   | 1.407,00                 | 1.472,20 |          |          |
|                          | 4                   | 1.430,20                 | 1.502,80 |          |          |
|                          | 5                   | 1.452,30                 | 1.532,20 |          |          |
| II                       | 1                   | 1.474,30                 | 1.563,90 | 1.563,90 |          |
|                          | 2                   | 1.497,50                 | 1.593,20 | 1.601,60 |          |
|                          | 3                   | 1.519,60                 | 1.624,70 | 1.639,60 |          |
|                          | 4                   | 1.542,80                 | 1.655,30 | 1.678,40 |          |
| III                      | 1                   | 1.565,90                 | 1.685,80 | 1.717,40 | 1.912,10 |
|                          | 2                   | 1.589,00                 | 1.717,40 | 1.757,40 |          |
|                          | 3                   | 1.611,10                 | 1.750,00 | 1.800,60 |          |
|                          | 4                   | 1.634,20                 |          |          |          |
|                          | 5                   | 1.657,40                 |          |          |          |
|                          | 6                   | 1.681,60                 |          |          |          |
|                          | 7                   | 1.703,70                 |          |          |          |
|                          | 8                   | 1.769,00                 |          |          |          |

| in der Gehaltsstufe | in der Dienstklasse |          |          |          |          |          |
|---------------------|---------------------|----------|----------|----------|----------|----------|
|                     | IV                  | V        | VI       | VII      | VIII     | IX       |
|                     | Euro                |          |          |          |          |          |
| 1                   |                     |          | 2.667,20 | 3.224,60 | 4.328,00 | 6.135,70 |
| 2                   |                     | 2.273,40 | 2.740,10 | 3.326,80 | 4.553,10 | 6.475,50 |
| 3                   | 1.836,30            | 2.350,40 | 2.816,20 | 3.428,90 | 4.778,10 | 6.815,10 |
| 4                   | 1.907,90            | 2.427,60 | 2.918,30 | 3.655,00 | 5.117,90 | 7.154,80 |
| 5                   | 1.980,50            | 2.503,60 | 3.020,40 | 3.879,00 | 5.456,50 | 7.494,50 |
| 6                   | 2.052,40            | 2.581,70 | 3.122,50 | 4.104,10 | 5.796,10 | 7.833,10 |
| 7                   | 2.124,40            | 2.659,90 | 3.224,60 | 4.328,00 | 6.135,70 |          |
| 8                   | 2.197,30            | 2.739,10 | 3.326,80 | 4.553,10 | 6.475,50 |          |
| 9                   | 2.273,40            | 2.816,20 | 3.428,90 | 4.778,10 |          |          |

| in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe K |
|---------------------|----------------------------|
|                     | Euro                       |
| 1                   | 1.568,00                   |
| 2                   | 1.605,90                   |
| 3                   | 1.644,80                   |
| 4                   | 1.682,70                   |
| 5                   | 1.721,70                   |
| 6                   | 1.760,50                   |
| 7                   | 1.840,60                   |
| 8                   | 1.919,50                   |
| 9                   | 1.999,40                   |
| 10                  | 2.078,50                   |
| 11                  | 2.157,70                   |
| 12                  | 2.240,10                   |
| 13                  | 2.318,20                   |
| 14                  | 2.423,40                   |
| 15                  | 2.530,70                   |
| 16                  | 2.638,00                   |
| 17                  | 2.745,30                   |
| 18                  | 2.852,60                   |
| 19                  | 2.959,90                   |
| 20                  | 3.067,40                   |

| in der Gehaltsstufe | in der Verwendungsgruppe KB |
|---------------------|-----------------------------|
|                     | Euro                        |
| 1                   | 1.384,10                    |
| 2                   | 1.404,10                    |
| 3                   | 1.425,10                    |
| 4                   | 1.445,20                    |
| 5                   | 1.486,20                    |
| 6                   | 1.507,30                    |
| 7                   | 1.527,10                    |
| 8                   | 1.568,30                    |
| 9                   | 1.588,20                    |
| 10                  | 1.610,30                    |
| 11                  | 1.630,40                    |
| 12                  | 1.651,30                    |
| 13                  | 1.672,40                    |
| 14                  | 1.692,50                    |
| 15                  | 1.714,60                    |
| 16                  | 1.734,50."                  |

Landeshauptmann  
Klasnic

Erster Landeshauptmannstellvertreter  
Voves

**98.****Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz geändert wird**

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz, LGBl. Nr. 30/1974, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 6/2003, wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Abs. 2 wird das Wort „sechs“ durch das Wort „vier“ ersetzt.

2. Nach § 12 wird folgender § 12 a angefügt:

„§ 12 a

**Mehrdienstleistungen, Überstunden**

(1) Mitarbeiter des Schemas IV haben auf Anordnung über die vorgeschriebenen Dienststunden hinaus Dienst zu versehen (Mehrdienstleistung). Den auf Anordnung erbrachten Mehrdienstleistungen sind Mehrdienstleistungen gleichzuhalten, wenn

1. der Vertragsbedienstete einen zur Anordnung der Mehrdienstleistung Befugten nicht erreichen konnte,
2. die Mehrdienstleistung zur Abwehr eines Schadens unverzüglich notwendig war,
3. die Notwendigkeit der Mehrdienstleistung nicht auf Umstände zurückgeht, die von dem Vertragsbediensteten, der die Mehrdienstleistung erbracht hat, hätte vermieden werden können und
4. der Vertragsbedienstete diese Mehrdienstleistung spätestens innerhalb einer Woche nach der Erbringung schriftlich meldet; ist der Vertragsbedienstete durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis ohne sein Verschulden verhindert, so verlängert sich die Meldefrist um die Dauer der Verhinderung.

(2) An Werktagen erbrachte Mehrdienstleistungen sind nach Möglichkeit im selben Kalendervierteljahr im Verhältnis 1 : 1 in Freizeit auszugleichen. Mehrdienstleistungen außerhalb der Nachtzeit sind vor Mehrdienstleistungen in der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr) auszugleichen. Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen sind nicht durch Freizeit auszugleichen.

(3) Mehrdienstleistungen an Werktagen, die im betreffenden Kalendervierteljahr aus dienstlichen Gründen nicht durch Freizeit ausgeglichen sind, gelten mit Ablauf des Kalendervierteljahres als Überstunden. Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen gelten in jedem Fall als Überstunden und sind nach § 31c der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 abzugelten.

(4) Werktagsüberstunden sind je nach Anordnung

1. im Verhältnis 1:1,5 in Freizeit auszugleichen oder
2. nach § 31 a Abs. 2 Z. 1 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 abzugelten oder
3. im Verhältnis 1 : 1 in Freizeit auszugleichen und zusätzlich nach § 31 a Abs. 2 Z. 2 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 abzugelten.

(5) Auf Zeiten einer zusätzlichen Dienstleistung nach § 28 Abs. 3 St.-MSchKG und im Sinne des § 17 d der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 sind, soweit sie die regelmäßige Wochendienstzeit nicht überschreiten, die Abs. 2 bis 4 nicht anzuwenden. Diese Zeiten gelten als Mehrdienstleistung und sind

1. innerhalb von sechs Monaten im Verhältnis 1 : 1 in Freizeit auszugleichen oder
2. mit der Grundvergütung gemäß § 31 a Abs. 3 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 abzugelten.

Soweit jedoch Zeiten einer solchen Dienstleistung die regelmäßige Wochendienstzeit überschreiten, sind auf sie die Abs. 2 bis 4 anzuwenden.

(6) Werktagsüberstunden außerhalb der Nachtzeit sind vor Werktagsüberstunden in der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr) auszugleichen.

(7) Ein Freizeitausgleich für Werktagsüberstunden ist bis zum Ende des sechsten auf das Kalendervierteljahr der Leistung folgenden Monats zulässig.

(8) Folgende Zeiten gelten jedenfalls nicht als Überstunden:

1. Zeiten einer vom Vertragsbediensteten angestrebten Einarbeitung von Dienstzeit (z. B. im Fall eines Diensttausches oder einer sonstigen angestrebten Verlegung der Zeit der Dienstleistung) und
2. Zeitguthaben aus der gleitenden Dienstzeit, soweit sie die im Gleitzeitdienstplan festgelegte Obergrenze für jeweils in den Folgemonat übertragbare Zeitguthaben nicht übersteigen.

Diese Zeiten sind, soweit dies nicht bereits erfolgt ist, ausschließlich im Verhältnis 1:1 in Freizeit abzugelten.“

3. § 17 lautet:

„§ 17

### Entlohnung

(1) Die Entlohnung der Vertragsbediensteten erfolgt in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des vierten Abschnittes der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 mit folgenden Abweichungen:

- a) an Stelle der Bezeichnungen ‚Schema I‘ und ‚Schema II‘ treten jeweils die Bezeichnungen ‚Schema III‘ und ‚Schema IV‘;
- b) an Stelle der Bezeichnung ‚Verwendungsgruppe‘ tritt die Bezeichnung ‚Entlohnungsgruppe‘, an Stelle der Bezeichnungen ‚Verwendungsgruppe A, B, C, D, K und KB‘ treten jeweils die Bezeichnungen ‚Entlohnungsgruppe a, b, c, d, k und kb‘; der Reinigungsdienst ist der ‚Entlohnungsgruppe r‘ zuzuweisen;
- c) an Stelle der Bezeichnung ‚Dienstklasse‘ tritt die Bezeichnung ‚Entlohnungsklasse‘;
- d) Bestimmungen, die eine Anrechnung von Zulagen oder sonstigen Beträgen für die Bemessung des Ruhegenusses vorsehen, finden auf die Vertragsbediensteten keine Anwendung;
- e) der Monatsbezug ist für den Kalendermonat zu berechnen und am 15. jeden Monates – wenn der Monatsfünfzehnte kein Arbeitstag ist, am vorhergehenden Arbeitstag – für den laufenden Kalendermonat, spätestens am Ende des Dienstverhältnisses auszuführen;
- f) die Kinderzulage wird den Vertragsbediensteten für Angehörige nicht geleistet, für die bereits nach der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 Kinderzulagen geleistet werden;
- g) der Anspruch auf den Monatsbezug endet mit dem Tag der Auflösung des Dienstverhältnisses.

(2) Das Monatsentgelt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas III:

| in der Entlohnungs-<br>klasse | in der Gehalts-<br>stufe | in der Entlohnungsgruppe |          |          |          |          |
|-------------------------------|--------------------------|--------------------------|----------|----------|----------|----------|
|                               |                          | 1                        | 2        | 3 P      | 3 A      | 3        |
|                               |                          | Euro                     |          |          |          |          |
| I                             | 1                        | 1.475,05                 | 1.449,75 | 1.423,45 | 1.406,65 | 1.397,15 |
|                               | 2                        | 1.506,65                 | 1.475,05 | 1.446,55 | 1.427,75 | 1.415,95 |
|                               | 3                        | 1.537,15                 | 1.501,45 | 1.469,85 | 1.448,75 | 1.434,05 |
|                               | 4                        | 1.568,75                 | 1.527,65 | 1.492,95 | 1.469,85 | 1.451,95 |
|                               | 5                        | 1.601,25                 | 1.552,85 | 1.517,05 | 1.491,95 | 1.469,85 |
| II                            | 1                        | 1.631,85                 | 1.579,15 | 1.540,25 | 1.512,95 | 1.487,65 |
|                               | 2                        | 1.664,45                 | 1.605,45 | 1.563,45 | 1.533,95 | 1.506,65 |
|                               | 3                        | 1.695,95                 | 1.631,85 | 1.587,65 | 1.555,05 | 1.524,55 |
|                               | 4                        | 1.727,65                 | 1.659,25 | 1.610,75 | 1.576,05 | 1.542,35 |
| III                           | 1                        | 1.759,15                 | 1.685,45 | 1.634,95 | 1.598,15 | 1.561,25 |
|                               | 2                        | 1.792,13                 | 1.711,85 | 1.659,25 | 1.619,25 | 1.579,15 |
|                               | 3                        | 1.826,25                 | 1.739,15 | 1.682,35 | 1.641,25 | 1.598,15 |
|                               | 4                        | 1.861,38                 | 1.765,60 | 1.706,55 | 1.662,35 | 1.615,95 |
|                               | 5                        | 1.897,63                 | 1.792,13 | 1.729,65 | 1.683,45 | 1.634,95 |
|                               | 6                        |                          | 1.819,87 | 1.755,05 | 1.705,55 | 1.653,95 |
|                               | 7                        |                          | 1.849,74 | 1.778,36 | 1.726,55 | 1.671,85 |
|                               | 8                        |                          | 1.907,15 | 1.846,50 | 1.749,65 | 1.690,75 |
|                               | 9                        |                          |          |          | 1.770,76 | 1.709,75 |
| IV                            | 3                        | 1.916,87                 |          |          |          |          |
|                               | 4                        | 1.991,39                 |          |          |          |          |
|                               | 5                        | 2.067,53                 |          |          |          |          |
|                               | 6                        | 2.142,55                 |          |          |          |          |
|                               | 7                        | 2.218,49                 |          |          |          |          |
|                               | 8                        | 2.298,58                 |          |          |          |          |
|                               | 9                        | 2.379,78                 |          |          |          |          |

| in der Gehaltsstufe | in der Entlohnungsgruppe r |
|---------------------|----------------------------|
|                     | Euro                       |
| 1                   | 1241,00                    |
| 2                   | 1253,80                    |
| 3                   | 1266,30                    |
| 4                   | 1279,20                    |
| 5                   | 1291,60                    |
| 6                   | 1304,10                    |
| 7                   | 1316,70                    |
| 8                   | 1329,50                    |
| 9                   | 1341,80                    |
| 10                  | 1354,50                    |
| 11                  | 1367,10                    |
| 12                  | 1380,10                    |
| 13                  | 1392,40                    |
| 14                  | 1404,90                    |
| 15                  | 1417,70                    |
| 16                  | 1429,90                    |
| 17                  | 1.442,90                   |
| 18                  | 1.455,30                   |
| 19                  | 1.467,90                   |
| 20                  | 1.480,40                   |

(3) Das Monatsentgelt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas IV:

| in der Entlohnungs-<br>klasse | in der Gehaltsstufe | in der Entlohnungsgruppe |          |          |          |
|-------------------------------|---------------------|--------------------------|----------|----------|----------|
|                               |                     | d                        | c        | b        | a        |
|                               |                     | Euro                     |          |          |          |
| I                             | 1                   | 1.414,95                 | 1.466,55 |          |          |
|                               | 2                   | 1.438,15                 | 1.498,15 |          |          |
|                               | 3                   | 1.462,45                 | 1.528,65 |          |          |
|                               | 4                   | 1.484,55                 | 1.560,25 |          |          |
|                               | 5                   | 1.508,65                 | 1.591,85 |          |          |
| II                            | 1                   | 1.531,85                 | 1.622,35 | 1.622,35 |          |
|                               | 2                   | 1.555,05                 | 1.654,95 | 1.662,35 |          |
|                               | 3                   | 1.578,15                 | 1.686,45 | 1.702,35 |          |
|                               | 4                   | 1.602,35                 | 1.717,05 | 1.741,25 |          |
| III                           | 1                   | 1.625,55                 | 1.749,65 | 1.780,38 | 1.985,01 |
|                               | 2                   | 1.649,75                 | 1.780,38 | 1.824,12 |          |
|                               | 3                   | 1.672,85                 | 1.815,51 | 1.867,76 |          |
|                               | 4                   | 1.697,05                 |          |          |          |
|                               | 5                   | 1.720,15                 |          |          |          |
|                               | 6                   | 1.744,45                 |          |          |          |
|                               | 7                   | 1.767,72                 |          |          |          |
|                               | 8                   | 1.834,75                 |          |          |          |



| in der<br>Gehaltsstufe | in der Entlohnungsklasse |          |          |          |          |          |
|------------------------|--------------------------|----------|----------|----------|----------|----------|
|                        | IV                       | V        | VI       | VII      | VIII     | IX       |
|                        | Euro                     |          |          |          |          |          |
| 1                      |                          |          | 2.769,19 | 3.353,60 | 4.382,10 | 6.212,40 |
| 2                      |                          | 2.363,99 | 2.847,15 | 3.460,12 | 4.610,01 | 6.556,44 |
| 3                      | 1.906,13                 | 2.444,28 | 2.929,57 | 3.566,63 | 4.837,83 | 6.900,29 |
| 4                      | 1.979,74                 | 2.524,47 | 3.035,98 | 3.800,82 | 5.181,87 | 7.244,24 |
| 5                      | 2.054,87                 | 2.603,44 | 3.141,59 | 4.024,59 | 5.524,71 | 7.588,18 |
| 6                      | 2.129,79                 | 2.684,75 | 3.248,00 | 4.219,70 | 5.868,55 | 7.931,01 |
| 7                      | 2.204,82                 | 2.766,96 | 3.353,60 | 4.382,10 | 6.212,40 |          |
| 8                      | 2.283,80                 | 2.847,15 | 3.460,12 | 4.610,01 | 6.556,44 |          |
| 9                      | 2.363,99                 | 2.929,57 | 3.566,63 | 4.837,83 |          |          |

| in der Gehaltsstufe | in der Entlohnungsgruppe k |
|---------------------|----------------------------|
|                     | Euro                       |
| 1                   | 1.627,65                   |
| 2                   | 1.666,55                   |
| 3                   | 1.706,55                   |
| 4                   | 1.746,55                   |
| 5                   | 1.785,85                   |
| 6                   | 1.827,26                   |
| 7                   | 1.909,37                   |
| 8                   | 1.991,39                   |
| 9                   | 2.074,01                   |
| 10                  | 2.157,23                   |
| 11                  | 2.241,68                   |
| 12                  | 2.328,14                   |
| 13                  | 2.411,47                   |
| 14                  | 2.521,23                   |
| 15                  | 2.630,88                   |
| 16                  | 2.742,76                   |
| 17                  | 2.854,54                   |
| 18                  | 2.966,42                   |
| 19                  | 3.079,32                   |
| 20                  | 3.191,20                   |

| in der Gehaltsstufe | in der<br>Entlohnungsgruppe kb |
|---------------------|--------------------------------|
|                     | Euro                           |
| 1                   | 1.444,85                       |
| 2                   | 1.465,95                       |
| 3                   | 1.486,85                       |
| 4                   | 1.507,95                       |
| 5                   | 1.551,15                       |
| 6                   | 1.572,15                       |
| 7                   | 1.593,15                       |
| 8                   | 1.636,35                       |
| 9                   | 1.657,45                       |
| 10                  | 1.679,45                       |
| 11                  | 1.700,45                       |
| 12                  | 1.721,55                       |
| 13                  | 1.743,65                       |
| 14                  | 1.764,79                       |
| 15                  | 1.788,18                       |
| 16                  | 1.809,44 "                     |

4. § 19 a Abs. 3 entfällt.

5. Der bisherige § 21a erhält die Absatzbezeichnung „(1)“.

6. Dem Abs. 1 wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Die Höhe der von den Vertragsbediensteten laufend zu leistenden Beiträge richtet sich nach dem für die Beamten der Stadt Graz geltenden Ausmaß; für Pensionempfänger nach dem ASVG nach dem für die Ruhe- und Versorgungsempfänger der Stadt Graz geltenden Ausmaß.“

7. § 25 Abs. 6 zweiter Satz entfällt.

8. Dem § 25 Abs. 7 wird folgender Abs. 7 a angefügt:

„(7 a) Für jenes Jahr, in dem das Dienstverhältnis des Vertragsbediensteten endet, gebührt – soweit der Erholungsurlaub noch nicht verbraucht ist – für jeden begonnenen Monat des Dienstverhältnisses ein Zwölftel des jährlichen Ausmaßes.“

9. In § 25 Abs. 8 wird vor dem letzten Satz folgender Satz eingefügt:

„Hat der Vertragsbedienstete eine Karenz nach dem St.-MSchKG, LGBL Nr. 52/2002, in der jeweils geltenden Fassung, in Anspruch genommen, so wird der Verfallstermin um jenen Zeitraum hinausgeschoben, um den diese Karenz das Ausmaß von zehn Monaten übersteigt.“

10. Dem § 28 c werden folgende §§ 28 d und 28 e samt Überschriften angefügt:

„ § 28 d

#### **Familienhospizfreistellung**

(1) Dem Vertragsbediensteten ist auf sein Ansuchen die zum Zwecke der Sterbebegleitung eines nahen Angehörigen im Sinne des § 28 a Abs. 1 zweiter Satz für einen bestimmten, drei Monate nicht übersteigenden Zeitraum erforderliche

1. Dienstzeiterleichterung (z. B. Dienstaustausch, Einarbeitung),
2. Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit in dem von ihm beantragten prozentuellen Ausmaß unter anteiliger Kürzung seiner Bezüge oder

3. gänzliche Dienstfreistellung gegen Entfall der Bezüge zu gewähren.

Eine solche Maßnahme ist auch für die Sterbebegleitung von Schwiegereltern und Schwiegerkindern zu gewähren. Dienstzeiterleichterungen dürfen nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Dienstbetriebes führen. Dem Vertragsbediensteten ist auf sein Ansuchen eine Verlängerung der Maßnahme zu gewähren, wobei die Gesamtdauer der Maßnahmen pro Anlassfall sechs Monate nicht überschreiten darf.

(2) Der Vertragsbedienstete hat sowohl den Grund für die Maßnahme und deren Verlängerung als auch das Angehörigenverhältnis glaubhaft zu machen. Auf Verlangen der Dienstbehörde ist eine schriftliche Bescheinigung über das Angehörigenverhältnis vorzulegen.

(3) Die Dienstbehörde hat über die vom Vertragsbediensteten beantragte Maßnahme innerhalb von fünf Arbeitstagen, über die Verlängerung innerhalb von zehn Arbeitstagen ab Einlangen des Ansuchens zu entscheiden.

(4) Die Abs. 1 bis 3 sind auch bei der Betreuung von im gemeinsamen Haushalt lebenden, schwer erkrankten Kindern (Wahl- oder Pflegekindern) des Vertragsbediensteten anzuwenden.

#### § 28 e

#### **Bildungskarenz**

(1) Dem Vertragsbediensteten kann auf Antrag eine Bildungskarenz gegen Entfall der Bezüge für die Dauer von mindestens drei Monaten bis zu einem Jahr gewährt werden, sofern

1. das Dienstverhältnis ununterbrochen drei Jahre gedauert hat und
2. keine zwingenden dienstlichen Gründe entgegenstehen und
3. eine Weiterbildungsmaßnahme nachgewiesen wird.

Eine neuerliche Bildungskarenz kann frühestens drei Jahre nach Rückkehr von einer Bildungskarenz gewährt werden.

(2) Die Zeit der Bildungskarenz ist für Rechte, die von der Dauer des Dienstverhältnisses abhängen, nicht zu berücksichtigen.

(3) Fällt während der Dauer einer Bildungskarenz

1. ein Beschäftigungsverbot nach §§ 4 und 7 St.-MSchKG,
2. eine Karenz nach den §§ 18 bis 22 und 27 oder §§ 29 und 30 St.-MSchKG,
3. ein Präsenzdienst nach § 19 Abs. 1 des Wehrgesetzes 2001, BGBl. I Nr. 146/2001, in der Fassung BGBl. I Nr. 151/2004, oder
4. ein Zivildienst nach § 6 a des Zivildienstgesetzes, BGBl. Nr. 679/1986, in der Fassung BGBl. I Nr. 121/2004,

ist die vereinbarte Bildungskarenz unwirksam.“

11. § 36 Abs. 2 und Abs. 2 a lauten:

„(2) Abweichend vom Abs. 1 gebührt eine Abfertigung einem Vertragsbediensteten, wenn er

1. verheiratet ist und das Dienstverhältnis innerhalb von sechs Monaten nach seiner Eheschließung kündigt oder
2. innerhalb von sechs Monaten nach der
  - a) Geburt eines eigenen Kindes oder
  - b) Annahme eines von ihm allein oder gemeinsam mit seinem Ehegatten an Kindes statt angenommenen Kindes, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, oder
  - c) Übernahme eines Kindes in unentgeltliche Pflege (§ 21 oder 22 St.-MSchKG), das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat und das im Zeitpunkt des Ausscheidens noch lebt, das Dienstverhältnis kündigt, oder
3. spätestens drei Monate vor Ablauf eines Karenzurlaubes nach den §§ 15 bis 22 und 27 oder §§ 29 und 30 St.-MSchKG seinen vorzeitigen Austritt aus dem Dienstverhältnis erklärt oder
4. während einer Teilzeitbeschäftigung nach §§ 25 oder 29 Abs. 5 St.-MSchKG das Dienstverhältnis kündigt.

(2 a) Aus dem Anlass seiner Eheschließung kann nur einer der beiden Ehegatten – und auch dies nur einmal – die Abfertigung in Anspruch nehmen. Die Abfertigung nach Abs. 2 Z. 2 bis 4 kann für ein und dasselbe Kind nur einmal in Anspruch genommen werden. Stehen beide Ehepartner oder beide Elternteile (Adoptivelternteile, Pflegeeltern) in einem Dienstverhältnis zu einer inländischen Gebietskörperschaft und hätten beide Anspruch

auf Abfertigung aus Anlass derselben Eheschließung oder wegen desselben Kindes, so geht der früher entstandene Anspruch dem später entstandenen vor. Bei gleichzeitigem Entstehen der Ansprüche geht im Falle des Abs. 2 Z. 1 der Anspruch des älteren Ehegatten, in den Fällen des Abs. 2 Z. 2 bis 4 der Anspruch der Mutter (Adoptivmutter, Pflegemutter) vor. Der Anspruch nach Abs. 2 gebührt nicht, wenn im Zeitpunkt des Ausscheidens ein weiteres Dienstverhältnis zu einer inländischen Gebietskörperschaft besteht.“

12. Dem § 42 Abs. 5 werden folgende Abs. 6 bis 8 angefügt:

„(6) Die Änderung des § 9 Abs. 2 und des § 25 Abs. 8, die Anfügung der §§ 12 a, 21 a Abs. 2, 28 d und 28 e sowie der Entfall des § 19 a Abs. 3 und des § 25 Abs. 6 zweiter Satz treten mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der 1. November 2005, in Kraft.

(7) Die Neufassung des § 17 Abs. 1 tritt mit 1. August 2005 in Kraft.

(8) Die Neufassung des § 17 Abs. 2 bis 4 tritt mit 1. Jänner 2006 in Kraft.“

13. Dem § 43 wird folgender § 44 angefügt:

„§ 44

#### Übergangsbestimmungen zu LGBL Nr. 98/2005

(1) Für die Zeit vom 1. April 2005 bis 31. Juli 2005 lautet § 17 lit. b:

b) an Stelle der Bezeichnung ‚Verwendungsgruppe‘ tritt die Bezeichnung ‚Entlohnungsgruppe‘, an Stelle der Bezeichnungen ‚Verwendungsgruppe A, B, C, D, K und KB‘ treten jeweils die Bezeichnungen ‚Entlohnungsgruppe a, b, c, d, k und kb‘;

(2) Für die Zeit vom 1. August 2005 bis 31. Dezember 2005 lautet § 17 Abs. 2 bis 4:

„(2) Das Monatsentgelt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas III

| in der Entlohnungs-<br>klasse | in der Gehaltsstufe | in der Entlohnungsgruppe |          |          |          |          |
|-------------------------------|---------------------|--------------------------|----------|----------|----------|----------|
|                               |                     | 1                        | 2        | 3 P      | 3 A      | 3        |
|                               |                     | Euro                     |          |          |          |          |
| I                             | 1                   | 1.453,30                 | 1.428,00 | 1.401,70 | 1.384,90 | 1.375,40 |
|                               | 2                   | 1.484,90                 | 1.453,30 | 1.424,80 | 1.406,00 | 1.394,20 |
|                               | 3                   | 1.515,40                 | 1.479,70 | 1.448,10 | 1.427,00 | 1.412,30 |
|                               | 4                   | 1.547,00                 | 1.505,90 | 1.471,20 | 1.448,10 | 1.430,20 |
|                               | 5                   | 1.579,50                 | 1.531,10 | 1.495,30 | 1.470,20 | 1.448,10 |
| II                            | 1                   | 1.610,10                 | 1.557,40 | 1.518,50 | 1.491,20 | 1.465,90 |
|                               | 2                   | 1.642,70                 | 1.583,70 | 1.541,70 | 1.512,20 | 1.484,90 |
|                               | 3                   | 1.674,20                 | 1.610,10 | 1.565,90 | 1.533,30 | 1.502,80 |
|                               | 4                   | 1.705,90                 | 1.637,50 | 1.589,00 | 1.554,30 | 1.520,60 |
| III                           | 1                   | 1.737,40                 | 1.663,70 | 1.613,20 | 1.576,40 | 1.539,50 |
|                               | 2                   | 1.770,00                 | 1.690,10 | 1.637,50 | 1.597,50 | 1.557,40 |
|                               | 3                   | 1.803,70                 | 1.717,40 | 1.660,60 | 1.619,50 | 1.576,40 |
|                               | 4                   | 1.838,40                 | 1.743,80 | 1.684,80 | 1.640,60 | 1.594,20 |
|                               | 5                   | 1.874,20                 | 1.770,00 | 1.707,90 | 1.661,70 | 1.613,20 |
|                               | 6                   |                          | 1.797,40 | 1.733,30 | 1.683,80 | 1.632,20 |
|                               | 7                   |                          | 1.826,90 | 1.756,40 | 1.704,80 | 1.650,10 |
|                               | 8                   |                          | 1.883,60 | 1.823,70 | 1.727,90 | 1.669,00 |
|                               | 9                   |                          |          |          | 1.748,90 | 1.688,00 |
| IV                            | 3                   | 1.893,20                 |          |          |          |          |
|                               | 4                   | 1.966,80                 |          |          |          |          |
|                               | 5                   | 2.042,00                 |          |          |          |          |
|                               | 6                   | 2.116,10                 |          |          |          |          |
|                               | 7                   | 2.191,10                 |          |          |          |          |
|                               | 8                   | 2.270,20                 |          |          |          |          |
|                               | 9                   | 2.350,40                 |          |          |          |          |

| in der Gehaltsstufe | in der Entlohnungsgruppe r |
|---------------------|----------------------------|
|                     | Euro                       |
| 1                   | 1241,00                    |
| 2                   | 1253,80                    |
| 3                   | 1266,30                    |
| 4                   | 1279,20                    |
| 5                   | 1291,60                    |
| 6                   | 1304,10                    |
| 7                   | 1316,70                    |
| 8                   | 1329,50                    |
| 9                   | 1341,80                    |
| 10                  | 1354,50                    |
| 11                  | 1367,10                    |
| 12                  | 1380,10                    |
| 13                  | 1392,40                    |
| 14                  | 1404,90                    |
| 15                  | 1417,70                    |
| 16                  | 1429,90                    |
| 17                  | 1.442,90                   |
| 18                  | 1.455,30                   |
| 19                  | 1.467,90                   |
| 20                  | 1.480,40                   |

## (3) Das Monatsentgelt beträgt auf einem Dienstposten des Schemas IV

| in der Entlohnungs-<br>klasse | in der Gehaltsstufe | in der Entlohnungsgruppe |          |          |          |
|-------------------------------|---------------------|--------------------------|----------|----------|----------|
|                               |                     | d                        | c        | b        | a        |
|                               |                     | Euro                     |          |          |          |
| I                             | 1                   | 1.393,20                 | 1.444,80 |          |          |
|                               | 2                   | 1.416,40                 | 1.476,40 |          |          |
|                               | 3                   | 1.440,70                 | 1.506,90 |          |          |
|                               | 4                   | 1.462,80                 | 1.538,50 |          |          |
|                               | 5                   | 1.486,90                 | 1.570,10 |          |          |
| II                            | 1                   | 1.510,10                 | 1.600,60 | 1.600,60 |          |
|                               | 2                   | 1.533,30                 | 1.633,20 | 1.640,60 |          |
|                               | 3                   | 1.556,40                 | 1.664,70 | 1.680,60 |          |
|                               | 4                   | 1.580,60                 | 1.695,30 | 1.719,50 |          |
| III                           | 1                   | 1.603,80                 | 1.727,90 | 1.758,40 | 1.960,50 |
|                               | 2                   | 1.628,00                 | 1.758,40 | 1.801,60 |          |
|                               | 3                   | 1.651,10                 | 1.793,10 | 1.844,70 |          |
|                               | 4                   | 1.675,30                 |          |          |          |
|                               | 5                   | 1.698,40                 |          |          |          |
|                               | 6                   | 1.722,70                 |          |          |          |
|                               | 7                   | 1.745,90                 |          |          |          |
|                               | 8                   | 1.812,10                 |          |          |          |

| in der Gehaltsstufe | in der Entlohnungsklasse |          |          |          |          |          |
|---------------------|--------------------------|----------|----------|----------|----------|----------|
|                     | IV                       | V        | VI       | VII      | VIII     | IX       |
|                     | Euro                     |          |          |          |          |          |
| 1                   |                          |          | 2.735,00 | 3.312,20 | 4.328,00 | 6.135,70 |
| 2                   |                          | 2.334,80 | 2.812,00 | 3.417,40 | 4.553,10 | 6.475,50 |
| 3                   | 1.882,60                 | 2.414,10 | 2.893,40 | 3.522,60 | 4.778,10 | 6.815,10 |
| 4                   | 1.955,30                 | 2.493,30 | 2.998,50 | 3.753,90 | 5.117,90 | 7.154,80 |
| 5                   | 2.029,50                 | 2.571,30 | 3.102,80 | 3.974,90 | 5.456,50 | 7.494,50 |
| 6                   | 2.103,50                 | 2.651,60 | 3.207,90 | 4.167,60 | 5.796,10 | 7.833,10 |
| 7                   | 2.177,60                 | 2.732,80 | 3.312,20 | 4.328,00 | 6.135,70 |          |
| 8                   | 2.255,60                 | 2.812,00 | 3.417,40 | 4.553,10 | 6.475,50 |          |
| 9                   | 2.334,80                 | 2.893,40 | 3.522,60 | 4.778,10 |          |          |

| in der Gehaltsstufe | in der Entlohnungsgruppe k |
|---------------------|----------------------------|
|                     | Euro                       |
| 1                   | 1.605,90                   |
| 2                   | 1.644,80                   |
| 3                   | 1.684,80                   |
| 4                   | 1.724,80                   |
| 5                   | 1.763,80                   |
| 6                   | 1.804,70                   |
| 7                   | 1.885,80                   |
| 8                   | 1.966,80                   |
| 9                   | 2.048,40                   |
| 10                  | 2.130,60                   |
| 11                  | 2.214,00                   |
| 12                  | 2.299,40                   |
| 13                  | 2.381,70                   |
| 14                  | 2.490,10                   |
| 15                  | 2.598,40                   |
| 16                  | 2.708,90                   |
| 17                  | 2.819,30                   |
| 18                  | 2.929,80                   |
| 19                  | 3.041,30                   |
| 20                  | 3.151,80                   |

| in der Gehaltsstufe | in der  |
|---------------------|---------|
|                     | Euro    |
| 1                   | 1423,10 |
| 2                   | 1444,20 |
| 3                   | 1465,10 |
| 4                   | 1486,20 |
| 5                   | 1529,40 |
| 6                   | 1550,40 |
| 7                   | 1571,40 |
| 8                   | 1614,60 |
| 9                   | 1635,70 |
| 10                  | 1657,70 |
| 11                  | 1678,70 |
| 12                  | 1699,80 |
| 13                  | 1721,90 |
| 14                  | 1743,00 |
| 15                  | 1766,10 |
| 16                  | 1787,10 |

(4) Dem Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppe r gebührt nach zwei Jahren, die er in der Gehaltsstufe 20 verbracht hat, eine Dienstalterszulage im Ausmaß eines Vorrückungsbetrages; die Dienstalterszulage erhöht sich nach vier in der Gehaltsstufe 20 verbrachten Jahren auf das Ausmaß von zweieinhalb Vorrückungsbeträgen.'

(3) Bedienstete der Entlohnungsgruppen 3 und 3 A, die am 31. März 2005 der Dienstnehmergruppe ‚KinderbetreuerIn‘ bzw. ‚KinderbetreuerIn nach 3-jähriger Verwendung in Entlohnungsgruppe 3‘ angehören, werden – sofern sie als KinderbetreuerIn in Verwendung stehen – mit 1. April 2005 Bedienstete der Entlohnungsgruppe kb.

(4) Ausgehend von der bisherigen Einreihung in die Entlohnungsgruppe 3 bzw. 3 A werden nunmehrige Bedienstete der Entlohnungsgruppe kb in folgende Gehaltsstufen eingereiht:

| Entlohnungsgruppe<br>3 und 3 A/<br>Entlohnungsklasse/ Gehaltsstufe | Entlohnungsgruppe<br>kb<br>Gehaltsstufe |
|--|---|
| I/1  | 1                                       |
| I/2  | 2                                       |
| I/3  | 3                                       |
| I/4  | 4                                       |
| I/5  | 5                                       |
| II/1   | 5                                       |
| II/2   | 6                                       |
| II/3   | 7                                       |
| II/4   | 8                                       |
| III/1  | 8                                       |
| III/2  | 9                                       |
| III/3  | 10                                      |
| III/4  | 11                                      |
| III/5  | 12                                      |
| III/6  | 13                                      |
| III/7  | 14                                      |
| III/8  | 15                                      |
| III/9  | 16                                      |

(5) Der Termin für die nächste Vorrückung ändert sich nicht, mit folgenden Ausnahmen:

- a) Bei einer Überleitung aus der Entlohnungsgruppe 3 oder 3 A, Entlohnungsklasse I, Gehaltsstufe 5 in die Entlohnungsgruppe kb, Gehaltsstufe 5 wird dem Stichtag für die nächste Vorrückung ein Jahr hinzugerechnet, sofern die in der Gehaltsstufe 5 zugebrachte Zeit fünf Monate übersteigt.
- b) Bei einer Überleitung aus der Entlohnungsgruppe 3 oder 3 A, Entlohnungsklasse II, Gehaltsstufe 4 in die Entlohnungsgruppe kb, Gehaltsstufe 8 wird dem Stichtag für die nächste Vorrückung ein Jahr hinzugerechnet, sofern die in der Gehaltsstufe 4 zugebrachte Zeit fünf Monate übersteigt.

(6) Bei einer Überleitung aus der Entlohnungsgruppe 3 oder 3 A, Entlohnungsklasse III, Gehaltsstufe 9 in die Entlohnungsgruppe kb, Gehaltsstufe 16 wird die bisher in der Gehaltsstufe 9 der Entlohnungsklasse III zugebrachte Zeit für die Zuerkennung der Dienstalterszulage gemäß § 74 Abs. 1 Z. 2 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 angerechnet.

(7) Für Bedienstete des Reinigungsdienstes, die vor dem 1. Februar 2004 in den Dienst der Stadt Graz getreten sind, findet § 17 Abs. 1 lit. b letzter Satz keine Anwendung.“

Landeshauptmann  
Klasnic

Erster Landeshauptmannstellvertreter  
Voves

## 99.

### **Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 19. September 2005 über den Schutz der Dienstnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft (KM-VOLuFw)**

Auf Grund der §§ 123 und 142 der Steiermärkischen Landarbeitsordnung 2001 – STLAO 2001, LGBL. Nr.39/2002, zuletzt in der Fassung LGBL. Nr. 9/2004, wird verordnet:

#### 1. Abschnitt

#### **Allgemeine Bestimmungen**

##### § 1

#### **Anwendungsbereich**

Diese Verordnung gilt für Arbeitsstätten im Sinne des §113 STLAO 2001 und dient dem Schutz der Dienstnehmer und der Vorbeugung gegen die Gefährdung ihrer Sicherheit und Gesundheit, die aus einer Exposition gegenüber Karzinogenen oder Mutagenen bei der Arbeit erwächst oder erwachsen kann.

##### § 2

#### **Definitionen**

Im Sinne dieser Verordnung bedeutet

#### 1. „**Karzinogen**“

- a) ein Stoff, der die in der EG-Stoffliste (Anhang VI der Richtlinie 67/548/EWG) genannten Kriterien für die Einstufung als Krebs erzeugender Stoff der Kategorie 1 oder 2 erfüllt;
- b) eine Zubereitung, die einen oder mehrere der in Ziffer a) genannten Stoffe enthält, sofern die Konzentration eines oder mehrerer der einzelnen Stoffe die Anforderungen für Konzentrationsgrenzen für die Einstufung einer Zubereitung als Krebs erzeugender Stoff der Kategorie 1 oder 2 erfüllt, die vorgeschrieben sind
  - entweder in der EG-Stoffliste
  - oder in Anhang B Teil 1 (4.2.1) der Chemikalienverordnung 1999, sofern der Stoff bzw. die Stoffe in Anhang I der EG-Stoffliste nicht aufgeführt sind oder ohne Konzentrationsgrenzen aufgeführt sind;

- /.
- c) ein Stoff, eine Zubereitung oder ein Verfahren gemäß Anlage 1 dieser Verordnung sowie einen Stoff oder eine Zubereitung, der bzw. die durch ein in dieser Anlage genanntes Verfahren freigesetzt wird;



## 2. „Mutagen“

- a) ein Stoff, der die in der EG-Stoffliste genannten Kriterien für die Einstufung als Erbgut verändernder Stoff der Kategorie 1 oder 2 erfüllt;
  - b) eine Zubereitung, die einen oder mehrere der in Ziffer a) genannten Stoffe enthält, sofern die Konzentration eines oder mehrerer der einzelnen Stoffe die Anforderungen für Konzentrationsgrenzen für die Einstufung einer Zubereitung als Erbgut verändernder Stoff der Kategorie 1 oder 2 erfüllt, die vorgeschrieben sind
    - entweder in der EG-Stoffliste
    - oder in Anhang B Teil 1 (4.2.2) der Chemikalienverordnung 1999, sofern der Stoff oder die Stoffe in EG-Stoffliste nicht oder ohne Konzentrationsgrenzen aufgeführt sind;
3. „Grenzwert“, sofern nicht anders angegeben, die Grenze des zeitlich gewogenen Mittelwerts der Konzentration für ein Karzinogen oder Mutagen in der Luft im Atembereich eines Dienstnehmers innerhalb des in Anlage 3 angegebenen Referenzzeitraums.

### 2.Abschnitt

#### **Pflichten der Dienstgeber**

##### § 3

#### **Ermittlung und Bewertung der Gefahren**

(1) Für jede Tätigkeit, bei der eine Exposition gegenüber Karzinogenen oder Mutagenen auftreten kann, müssen in regelmäßigen Abständen die Art, das Ausmaß und die Dauer der Exposition der Dienstnehmer ermittelt werden, damit alle Gefahren für die Sicherheit und die Gesundheit der Dienstnehmer bewertet und entsprechende Maßnahmen festgelegt werden können. Für die Dienstnehmer und deren Vertreter besteht Anhörungs- und Mitwirkungsrecht.

(2) Alle Unterlagen, die der Dienstgeber auf Grund der Bestimmungen der §§ 99 und 100 STLAO 2001 zu führen verpflichtet ist, sind der Land- und Forstwirtschaftsinspektion bei Aufforderung zur Verfügung zu stellen.

(3) Bei der Risikobewertung sind alle sonstigen Expositionswege, z. B. Aufnahme in und/oder über die Haut, zu berücksichtigen.

##### § 4

#### **Verringerung und Ersatz**

(1) Der Dienstgeber ist verpflichtet, die Verwendung eines Karzinogens oder Mutagens am Arbeitsplatz zu verringern bzw. einzuschränken, insbesondere indem er es, soweit dies technisch möglich ist, durch Stoffe, Zubereitungen oder Verfahren ersetzt, die bei ihrer Verwendung bzw. Anwendung nicht oder weniger gefährlich für die Gesundheit und für die Sicherheit der Dienstnehmer sind.

(2) Nach Aufforderung ist der Dienstgeber verpflichtet, die Untersuchungsergebnisse der Land- und Forstwirtschaftsinspektion zur Verfügung zu stellen.

##### § 5

#### **Maßnahmen zur Vermeidung oder Verringerung einer Exposition**

(1) Ergibt sich aus den Ergebnissen der in § 3 Abs.1 vorgesehenen Bewertung ein Risiko für die Sicherheit oder die Gesundheit der Dienstnehmer, so muss die Exposition der Dienstnehmer vermieden werden.

(2) Ist die Substitution des Karzinogens oder Mutagens durch Stoffe, Zubereitungen oder Verfahren, die bei ihrer Verwendung bzw. Anwendung nicht oder weniger gefährlich für die Sicherheit und Gesundheit sind, technisch nicht möglich, so muss der Dienstgeber dafür sorgen, dass die Herstellung und die Verwendung des Karzinogens oder Mutagens, soweit technisch möglich, in einem geschlossenen System stattfindet.

(3) Ist die Anwendung eines geschlossenen Systems technisch nicht möglich, so muss die Exposition der Dienstnehmer auf das geringste technisch mögliche Niveau verringert werden.

(4) Die in Anlage 3 angeführten Grenzwerte für Karzinogene dürfen nicht überschritten werden.

(5) Der Dienstgeber muss in allen Fällen, in denen ein Karzinogen oder Mutagen verwendet wird, folgende Maßnahmen einhalten bzw. veranlassen:

- a) Begrenzung der Karzinogen- oder Mutagenmengen am Arbeitsplatz;
- b) Begrenzung der Zahl der Dienstnehmer, die exponiert werden oder exponiert werden können, auf das geringst mögliche Maß;
- c) Gestaltung der Arbeitsverfahren und der technischen Maßnahmen mit dem Ziel, am Arbeitsplatz die Freisetzung von Karzinogenen oder Mutagenen zu vermeiden oder möglichst gering zu halten;
- d) Abführung der Karzinogene oder Mutagene an der Quelle, geeignete lokale Absaugvorrichtung oder geeignete allgemeine Lüftungsanlage, die mit dem erforderlichen Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt vereinbar sind;
- e) Anwendung vorhandener geeigneter Messverfahren für Karzinogene oder Mutagene, insbesondere zur frühzeitigen Ermittlung anormaler Expositionen infolge eines unvorhersehbaren Ereignisses oder eines Unfalls;
- f) Anwendung geeigneter Arbeitsverfahren und -methoden;
- g) kollektive und/oder – dort, wo eine andere Lösung zur Vermeidung einer Exposition nicht möglich ist – individuelle Schutzmaßnahmen;
- h) Hygienemaßnahmen, insbesondere die regelmäßige Reinigung der Böden, Wände und anderer Oberflächen;
- i) Unterrichtung der Dienstnehmer;
- j) Abgrenzung der Gefahrenbereiche und Anbringung von geeigneten Warn- und Sicherheitszeichen, einschließlich des Zeichens „Rauchen verboten“ in Bereichen, in denen die Dienstnehmer Karzinogenen oder Mutagenen ausgesetzt sind oder ausgesetzt sein können;
- k) Vorkehrungen für Notfälle, in denen anormal hohe Expositionswerte auftreten können;
- l) Gewährleistung einer sicheren Lagerung, Handhabung und Beförderung, unter anderem durch Verwendung hermetisch verschließbarer und deutlich sichtbar gekennzeichnete Behälter;
- m) Gewährleistung der Sicherheit beim Sammeln sowie bei der Lagerung und der Beseitigung des Abfalls durch die Dienstnehmer, unter anderem durch Verwendung hermetisch verschließbarer und deutlich sichtbar gekennzeichnete Behälter.

## § 6

### Unterrichtung der zuständigen Behörde

Wenn die Ergebnisse der in § 3 Abs. 1 vorgesehenen Bewertung ein Risiko für die Sicherheit oder die Gesundheit der Dienstnehmer erkennen lassen, müssen die Dienstgeber der zuständigen Behörde auf Anforderung sachdienliche Informationen über Nachstehendes zur Verfügung stellen:

- a) durchgeführte Tätigkeiten und/oder angewandte industrielle Verfahren und die Gründe für die Verwendung von Karzinogenen oder Mutagenen;
- b) Menge der hergestellten oder verwendeten Stoffe oder Zubereitungen, die Karzinogene oder Mutagene enthalten;
- c) Zahl der exponierten Dienstnehmer;
- d) getroffene Vorbeugungsmaßnahmen;
- e) Art der zu verwendenden Schutzausrüstung;
- f) Art und Grad der Exposition;
- g) Fälle von Substitution.

## § 7

### Unvorhersehbare Exposition

(1) Bei einem unvorhersehbaren Ereignis oder einem Unfall, der eine anormale Exposition der Dienstnehmer bedingen könnte, muss der Dienstgeber bei Kenntnis die Dienstnehmer informieren.

(2) Bis der Normalzustand wieder eingetreten ist und solange die Ursachen der anormalen Exposition nicht beseitigt sind,

- a) haben nur die für Reparaturen und sonstige notwendige Arbeiten benötigten Dienstnehmer Zugang zu dem betroffenen Bereich;
- b) dürfen Dienstnehmer ohne Schutzausrüstung und Atemschutzgeräte nicht in dem betroffenen Bereich arbeiten.

Diese Arbeiten sind jedenfalls auf das Minimum zu beschränken.

## § 8

**Vorhersehbare Exposition**

(1) Bei bestimmten Tätigkeiten, z. B. Wartungsarbeiten, bei denen die Möglichkeit einer beträchtlichen Erhöhung der Exposition der Dienstnehmer vorherzusehen ist und bei denen jede Möglichkeit weiterer technischer Vorbeugungsmaßnahmen zur Begrenzung dieser Exposition bereits ausgeschöpft wurde, legt der Dienstgeber nach Konsultierung der Dienstnehmer und ihrer Vertreter in dem Unternehmen oder Betrieb unbeschadet der Verantwortlichkeit des Dienstgebers die erforderlichen Maßnahmen fest, um die Dauer der Exposition der Dienstnehmer so weit wie möglich zu verkürzen und den Schutz der Dienstnehmer während dieser Tätigkeiten zu gewährleisten.

(2) Den betreffenden Dienstnehmern sind geeignete Schutzkleidung und Atemschutzgeräte zur Verfügung zu stellen, die sie während der gesamten Dauer der anormalen Exposition tragen müssen; diese darf nicht von unbegrenzter Dauer sein und ist für jeden Dienstnehmer auf das unbedingt erforderliche Mindestmaß zu beschränken.

(3) Es werden geeignete Maßnahmen ergriffen, um die Bereiche, in denen die in Abs. 1 genannten Tätigkeiten ausgeführt werden, klar abzugrenzen und kenntlich zu machen oder um mit anderen Mitteln zu verhindern, dass Unbefugte sich Zugang zu diesen Bereichen verschaffen.

## § 9

**Zugang zu den Gefahrenbereichen**

Gefahrenbereiche dürfen nur von Unterwiesenen oder Fachkundigen betreten werden.

## § 10

**Hygienemaßnahmen und individuelle Schutzmaßnahmen**

(1) Die Dienstgeber sind verpflichtet, für die Tätigkeiten, bei denen die Gefahr einer Kontamination durch Karzinogene oder Mutagene besteht, geeignete Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, dass

- a) die Dienstnehmer in den Arbeitsbereichen, in denen die Gefahr einer Kontamination durch Karzinogene oder Mutagene besteht, weder essen noch trinken noch rauchen;
- b) den Dienstnehmern geeignete Schutzkleidung oder sonstige geeignete Spezialkleidung zur Verfügung gestellt wird;
- c) getrennte Aufbewahrungsmöglichkeiten für die Arbeits- oder Schutzkleidung einerseits und die Straßenkleidung andererseits vorgesehen werden;
- d) den Dienstnehmern geeignete und angemessene Toiletten und Waschgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden;
- e) die Schutzausrüstungen an einem dafür vorgesehenen Ort sachgerecht aufbewahrt und nach Möglichkeit vor Gebrauch, in jedem Fall jedoch nach jedem Gebrauch überprüft und gereinigt werden;
- f) schadhafte Schutzausrüstungen vor erneutem Gebrauch ausgebessert oder ausgetauscht werden.

(2) Die Kosten für die Maßnahmen gemäß Abs. 1 dürfen nicht zulasten der Dienstnehmer gehen.

## § 11

**Unterweisung der Dienstnehmer**

(1) Der Dienstgeber muß sicherstellen, dass die Dienstnehmer und ihre Vertreter im Unternehmen oder Betrieb, insbesondere in Form von Informationen und Anweisungen, eine ausreichende angemessene Unterweisung erhalten in Bezug auf

- a) mögliche Gefahren für die Gesundheit, einschließlich der zusätzlichen Risiken durch Tabakkonsum;
- b) Maßnahmen, die zur Verhütung einer Exposition zu ergreifen sind;
- c) Hygienevorschriften;
- d) das Tragen und Benutzen von Schutzausrüstung und Schutzkleidung;
- e) Maßnahmen, die von den Arbeitnehmern, insbesondere von den Rettungsmannschaften, bei Zwischenfällen und zur Verhütung von Zwischenfällen zu treffen sind,

erhalten. Diese Unterweisung muss an die Entwicklung der Gefahrenmomente und an die Entstehung neuer Gefahren angepasst sein und erforderlichenfalls regelmäßig wiederholt werden.

(2) Die Dienstgeber müssen die Dienstnehmer über Apparaturen und zugehörige Behältnisse, die Karzinogene oder Mutagene enthalten, unterrichten und dafür sorgen, dass alle Behältnisse, Verpackungen und Apparaturen, die Karzinogene oder Mutagene enthalten, mit einer klaren und leserlichen Aufschrift versehen werden, und gut sichtbare Warn- und Sicherheitszeichen anbringen lassen.

## § 12

### Information der Dienstnehmer

Vom Dienstgeber sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, dass

1. die Dienstnehmer und ihre Vertreter in den Unternehmen oder Betrieben nachprüfen können, ob die Bestimmungen dieser Verordnung Anwendung finden bzw. zu deren Anwendung herangezogen werden können, und zwar insbesondere in Bezug auf
  - a) die mit der Auswahl, dem Tragen und der Verwendung von Schutzkleidung und Schutzausrüstungen verbundenen Folgen für die Sicherheit und die Gesundheit der Dienstnehmer, unbeschadet der Verantwortlichkeiten des Dienstgebers für die Bestimmung der Wirksamkeit der Schutzkleidung und der Schutzausrüstungen,
  - b) die vom Dienstgeber festgelegten Maßnahmen im Sinne des § 8 Abs. 1, unbeschadet der Verantwortlichkeiten des Dienstgebers für die Festlegung dieser Maßnahmen;
2. die Dienstnehmer und ihre Vertreter in den Unternehmen oder Betrieben bei einer anormalen Exposition einschließlich der in § 8 genannten Fälle so schnell wie möglich unterrichtet und über die Ursachen sowie über die bereits getroffenen oder noch zu treffenden Gegenmaßnahmen informiert werden;
3. eine aktualisierte Liste der Dienstnehmer geführt wird, die mit Tätigkeiten, für die die Ergebnisse der in § 3 Abs. 1 vorgesehenen Bewertung ein Risiko für die Sicherheit oder die Gesundheit der Dienstnehmer erkennen lassen, beschäftigt sind, gegebenenfalls – soweit die betreffende Information verfügbar ist – unter Angabe der Exposition, der sie möglicherweise ausgesetzt waren;
4. der Arzt, die zuständige Behörde sowie jede andere für die Sicherheit oder die Gesundheit am Arbeitsplatz verantwortliche Person Zugang zu der obgenannte Liste hat;
5. jeder Dienstnehmer Zugang zu den ihn persönlich betreffenden Angaben in der Liste hat;
6. die Dienstnehmer und ihre Vertreter in den Unternehmen oder Betrieben Zugang zu den nicht personenbezogenen Informationen allgemeiner Art haben.

## 3. Abschnitt

### Sonstige Bestimmungen

## § 13

### Gesundheitsüberwachung

(1) Zeigen die Ergebnisse der in § 3 Abs. 1 vorgesehenen Bewertung ein Risiko hinsichtlich Sicherheit oder Gesundheit der Dienstnehmer, so ist für diese eine geeignete Gesundheitsüberwachung durchzuführen.

(2) Diese gesundheitliche Überwachung beinhaltet eine ärztliche Untersuchung gemäß § 5 der Verordnung über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz (VGÜ-VO)

- vor der Exposition
- und in regelmäßigen Abständen danach.

(3) Weist ein Dienstnehmer eine Anomalie auf, die wahrscheinlich auf eine Exposition gegenüber Karzinogenen oder Mutagenen zurückzuführen ist, kann der Arzt oder die Behörde, der bzw. die für die Überwachung der Gesundheit der Arbeitnehmer zuständig ist, veranlassen, dass weitere Dienstnehmer, die der gleichen Exposition ausgesetzt waren, einer Gesundheitsüberwachung unterzogen werden. In diesem Fall muss eine neuerliche Bewertung des Expositionsrisikos gemäß § 3 Abs. 1 erfolgen.

(4) In den Fällen, in denen eine Gesundheitsüberwachung erfolgt, wird eine persönliche Gesundheitsakte angelegt. Der Arzt oder die Behörde schlagen Schutz- oder Vorbeugungsmaßnahmen für alle Dienstnehmer vor.

(5) Den Dienstnehmern sind Auskünfte und Ratschläge betreffend jede Maßnahme zur Überwachung ihres Gesundheitszustandes, die nach Abschluss der Exposition erfolgen kann, zu erteilen.

(6) Den Dienstnehmern ist Zugang zu den Ergebnissen der sie betreffenden Gesundheitsüberwachung zu gewähren und der betreffende Dienstnehmer oder der Dienstgeber kann eine Überprüfung der Ergebnisse der Gesundheitsüberwachung beantragen.

(7) Praktische Empfehlungen für die Gesundheitsüberwachung von Dienstnehmern sind in Anlage 2 enthalten. /.

(8) Alle Krebserkrankungen, die als Folge einer Exposition gegenüber einem Karzinogen oder Mutagen bei der Arbeit festgestellt wurden, sind der Land- und Forstwirtschaftsinspektion zu melden.

#### § 14

##### **Aufbewahrung der Unterlagen**

(1) Die in § 12 genannte Liste und die in § 13 Abs. 4 genannte Gesundheitsakte sind nach Ende der Exposition mindestens 40 Jahre lang aufzubewahren.

(2) Stellt das Unternehmen seine Tätigkeit ein, so sind diese Unterlagen dem zuständigen Unfallversicherungsträger zur Verfügung zu stellen.

#### § 15

##### **Grenzwerte**

Einzuhalten sind die Grenzwerte der Grenzwerteverordnung 2003 und die in der Anlage 3 genannten Grenzwerte. /.

#### 4. Abschnitt

##### **Schlussbestimmungen**

#### § 16

##### **Verweise**

(1) Verweise in dieser Verordnung auf andere Landesgesetze sind als Verweise auf die jeweils geltende Fassung zu verstehen. Verweise in dieser Verordnung auf die Verordnung über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz (VGÜ-VO), LGBL. Nr. 87/2002, sind als Verweis auf die jeweils geltende Fassung zu verstehen.

(2) Verweise in dieser Verordnung auf Bundesverordnungen sind als Verweise auf folgende Fassung zu verstehen:

- a) Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie und der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz betreffend die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie das Sicherheitsdatenblatt (Chemikalienverordnung 1999 – ChemV 1999), BGBl. II. Nr. 81/2000 in der Fassung BGBl. II. Nr. 103/2005;
- b) Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit über Grenzwerte für Arbeitsstoffe und über Krebs erzeugende Arbeitsstoffe (Grenzwerteverordnung 2003 – GKV 2003), BGBl. II. Nr. 253/2001 in der Fassung BGBl. II. Nr. 119/2004.

(3) Verweise in dieser Verordnung auf Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft sind als Verweise auf folgende Fassung zu verstehen:

- Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe, ABl. L 196 vom 16. August 1967, geändert durch die Richtlinie 2004/73/EG, ABl. L 216 vom 16. Juni 2004 (EG-Stoffliste).

#### § 17

##### **Gemeinschaftsrecht**

Durch diese Verordnung werden folgende Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft umgesetzt:

1. Richtlinie 2004/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (Sechste Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Abs. 1 der Richtlinie 89/391/EWG des Rates), ABl. L 158 vom 30. April 2004, berichtigt durch ABl. L 229 vom 29. Juni 2004;
2. Richtlinie 91/382/EWG des Rates vom 15. Juni 1991 zur Änderung der Richtlinie 83/477/EWG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz (Zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 8 der Richtlinie 80/1107/EWG), ABl. L 206 vom 29. Juli 1991, geändert durch die Richtlinie 2003/18/EG, ABl. L 97 vom 15. April 2003.

## § 18

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der 1. November 2005, Kraft.

Für die Steiermärkische Landesregierung:  
Landeshauptmann Waltraud Klasnic

**Anlage 1****Liste von Stoffen, Zubereitungen und Verfahren (§ 2 Z. 1 lit. c)**

1. Herstellung von Auramin.
2. Arbeiten, bei denen die betreffenden Dienstnehmer polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen ausgesetzt sind, die in Steinkohlenruß, Steinkohlenteer oder Steinkohlenpech vorhanden sind.
3. Arbeiten, bei denen die betreffenden Dienstnehmer Staub, Rauch oder Nebel beim Rösten oder bei der elektrolytischen Raffination von Nickelmatte ausgesetzt sind.
4. Starke-Säure-Verfahren bei der Herstellung von Isopropylalkohol.
5. Arbeiten, bei denen die betreffenden Dienstnehmer Hartholzstäuben ausgesetzt sind.

**Anlage 2****Praktische Empfehlungen für die Gesundheitsüberwachung von Dienstnehmern (§ 13 Abs. 7)**

1. Der Arzt und/oder die Behörde, der/die für die Gesundheitsüberwachung von Dienstnehmern, die Karzinogenen oder Mutagenen ausgesetzt sind, verantwortlich ist, muss mit den für jeden Dienstnehmer geltenden Expositionsbedingungen bzw. -gegebenheiten vertraut sein.
2. Die Gesundheitsüberwachung der Dienstnehmer muss gemäß den Grundsätzen und der Praxis der Arbeitsmedizin erfolgen; sie muss zumindest folgende Maßnahmen umfassen:
  - Führung von Akten über die Krankengeschichte und den beruflichen Werdegang des Dienstnehmers,
  - persönliches Gespräch,
  - falls angebracht, Durchführung einer biologischen Überwachung und Ermittlung reversibler Schäden in einem frühen Stadium.

Für alle einer Gesundheitsüberwachung unterworfenen Dienstnehmer können unter Berücksichtigung der jüngsten Erkenntnisse der Arbeitsmedizin weitere Untersuchungen beschlossen werden.

**Anlage 3****Grenzwerte berufsbedingter Exposition (§ 15)**

| Bezeichnung des Arbeitsstoffs | EINECS <sup>1</sup> | CAS <sup>2</sup> | Grenzwerte                     |                  | Hinweis           | Übergangsmaßnahmen   |
|-------------------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|------------------|-------------------|--|
|                               |                     |                  | mg/m <sup>3</sup> <sup>3</sup> | ppm <sup>4</sup> |                   |  |
| Benzol                        | 200-753-7           | 71-43-2          | 3,25 <sup>5</sup>              | 1 <sup>5</sup>   | Haut <sup>6</sup> | Grenzwert: 3 ppm (= 9,75 mg/m <sup>3</sup> ) bis zum 27. Juni 2003 |
| Vinylchloridmonomer           | 200-831-0           | 75-01-4          | 7,77 <sup>5</sup>              | 3 <sup>5</sup>   | —                 | —  |
| Hartholzstäube                | —                   | —                | 5,00 <sup>5,7</sup>            | —                | —                 | —  |

<sup>1</sup> EINECS: Europäisches Verzeichnis der auf dem Markt vorhandenen chemischen Stoffe.

<sup>2</sup> CAS: Chemical Abstract Service Number.

<sup>3</sup> mg/m<sup>3</sup> = Milligramm pro Kubikmeter Luft bei 20 °C und 101,3 kPa (760 mm Quecksilbersäule).

<sup>4</sup> ppm = Volumenteile pro Million in Luft (ml/m<sup>3</sup>).

<sup>5</sup> Gemessen oder berechnet anhand eines Bezugszeitraums von acht Stunden.

<sup>6</sup> Deutliche Erhöhung der Gesamtbelastung des Körpers durch dermale Exposition möglich.

<sup>7</sup> Einatembare Anteil: wenn Hartholzstäube mit anderen Holzstäuben gemischt werden, gilt der Grenzwert für sämtliche in der Mischung enthaltenen Holzstäube.

**100.****Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. September 2005 über den Sicherheits- und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft (Land- und forstwirtschaftliche Sicherheits- und Gesundheitsschutzverordnung – LFSG-VO 2005)**

Auf Grund des § 142 der Steiermärkischen Landarbeitsordnung 2001 (STLAO 2001), LGBL. Nr. 39/2002, zuletzt in der Fassung LGBL. Nr. 9/2004, wird verordnet:

**§ 1****Anwendung bundesrechtlicher Vorschriften**

Die nachfolgenden Verordnungen des Bundes sind sinngemäß anzuwenden:

1. Verordnung über das Inverkehrbringen und Ausstellen von Maschinen und über die grundlegenden Sicherheitsanforderungen an Maschinen (Maschinen-Sicherheitsverordnung, MSV), BGBl. Nr. 306/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 275/2004.
2. Verordnung über das Inverkehrbringen und Ausstellen von persönlichen Schutzausrüstungen und über die grundlegenden Sicherheitsanforderungen an persönliche Schutzausrüstungen (PSA-Sicherheitsverordnung, PSASV), BGBl. Nr. 596/1994, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 191/2004.
3. Verordnung über die Lagerung von Druckgaspackungen in gewerblichen Betriebsanlagen 2002 (Druckgaspackungslagerungsverordnung 2002 – DGPLV 2002), BGBl. II Nr. 489/2002.
4. Verordnung zum Schutz der Sicherheit und der Gesundheit von Arbeitnehmer/innen vor Gefahren durch den elektrischen Strom (Elektroschutzverordnung 2003 – ESV 2003), BGBl. II Nr. 424/2003.
5. Chemikalienverordnung 1999 (ChemV 1999), BGBl. II Nr. 81/2000, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 103/2005.
6. Grenzwerteverordnung 2003 – GKV 2003, BGBl. II Nr. 253/2001, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 119/2004.
7. Verordnung über die Berechtigung zum Erwerb von Giften, die Aufzeichnungspflicht und über besondere Schutzmaßnahmen beim Verkehr mit Giften (Giftverordnung 2000), BGBl. II Nr. 24/2001.
8. Verordnung über einfache Druckbehälter (Einfache Druckbehälter-Verordnung), BGBl. Nr. 388/1994.

**§ 2****Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 14. Oktober 2005, in Kraft.

**§ 3****Außerkräfttreten**

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 23. Juni 2003 über den Sicherheits- und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft (Land- und forstwirtschaftliche Sicherheits- und Gesundheitsschutzverordnung – LFSG-VO), LGBL. Nr. 56/2003, außer Kraft.

Für die Steiermärkische Landesregierung:  
Landeshauptmann Waltraud Klasnic

## Allgemeine Verkaufsbedingungen für das Jahr 2005

Der **Bezugspreis** für das Jahresabonnement des Landesgesetzblattes für das Land Steiermark beträgt infolge der gesetzlichen Erhöhungen beim Zeitungsversand vorbehaltlich unvorhersehbarer Steigerungen bei den Herstellungskosten:

| bis zu einem Jahresumfang | im Inland <sup>1</sup> | im Ausland <sup>1</sup> |
|---------------------------|------------------------|-------------------------|
| von 350 Seiten            | € 50,-                 | € 67,-                  |

<sup>1</sup> Preise inkl. Versandkosten

Wird dieser Umfang überschritten, erfolgt für den Mehrumfang eine aliquote Nachverrechnung.

**Bezugsanmeldungen** richten Sie bitte an

MEDIENFABRIK GRAZ, VERLAGS- UND VERTRIEBSGMBH, HOFGASSE 15, 8010 GRAZ; TEL: ++43 (0316) 8095 DW 18, FAX: ++43 (0316) 8095 DW 48; E-MAIL: silvia.zierler@mfg.at

Ersatz für abgängige oder mangelhaft zugekommene Auslieferungen des Landesgesetzblattes ist binnen vier Wochen nach dem Erscheinen bei der Abonnementstelle anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden solche Reklamationen ausnahmslos als Einzelbestellungen behandelt.

**Einzelbestellungen und Lagerverkauf:** Einzelne Exemplare des Landesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von € 1,10 bis zu 4 Seiten zuzüglich € 0,55 für alle weiteren zwei Seiten plus Versandkosten.

**Versandstelle:** MEDIENFABRIK GRAZ, VERLAGS- UND VERTRIEBSGMBH, Hofgasse 15, 8010 Graz; Tel: ++43 (0316) 8095 DW 18, Fax: ++43 (0316) 8095 DW 48; E-MAIL: silvia.zierler@mfg.at

**Lagerverkauf:** MEDIENFABRIK GRAZ, VERLAGS- UND VERTRIEBSGMBH, VERLAGSSHOP, Hofgasse 15, 8010 Graz

